PROTOKOLL

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 22. März 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Harald Dunst, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Ursula Voglsam ,Eva-Maria Wührleitner, Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Mag. Erwin Schuster, GR Karl Baumgartner, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR Silvia Thurner, GR Ing. Wolfgang Hack

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

1) Pers-3134/07 ff. Aufteilung der schulärztlichen Tätigkeit; Neubestellung und Honorarfestlegung mit Frau Dr. Claudia Marek, Dr. Sabine Nöbauer, Dr. Karin Reisinger und Dr. Heide Traninger für schulärztliche Tätigkeit im Schuljahr 2006/2007.

2) Präs-90/07 Verkauf und Ankauf eines Dienstkraftwagens – Fuhrpark des Büros des Bürgermeisters.

3) En-8/07 Ersatzbeschaffung für den total beschädigten Peugeot Profi 170 D der städtischen Elektriker.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Fin-16/07 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

2) FW-1/07 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

3) Fin-49/07 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2007; Gesellschafterzuschuss.

4) Fin-120/06 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2006 in das Finanzjahr 2007.

5) VerkR-202/07 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2007; Aufrollung für die Jahre 2000 – 2004.

6) BauGru-16/06 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.26 – Porsche Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

7) Umw-16/04 Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojekt Oberflächenabdichtung; Deponiestraße (Bermenstraße); Deponieentgasung – Weiterführung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

8) Fin-26/07 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

9) Fin-168/06 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2007.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

10) Stw-11/07 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag; Neufassung für Zeitraum 2007 bis 2010.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

11) BauGru-59/05 Bebauungsplan Nr. 72 Staffelmayr; Neuerstellung.

12) BauGru-50/05 Bebauungsplan Nr. 69 – Schlühslmayr; Neuerstellung.

13) BauGru-56/04 Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd, 1. Verlängerung.

14) BauGru-57/04 Neuplanungsgebiet Nr. 7 – Schlühslmayr, 1. Verlängerung.

15) BauGru-61/04 Neuplanungsgebiet Nr. 8 – Gründberg; 1. Verlängerung.

16) BauGru-65/04 Neuplanungsgebiet Nr. 9 – Reichenschwall Mitte/Süd; 1. Verlängerung.

17) BauGru-66/04 Neuplanungsgebiet Nr. 10 – Stelzhamerstraße – Teufelsbach; 1. Verlängerung.

18) BauGru-22/04 Bebauungsplan Nr. 66 Reichenschwall.

19) BauStr-4/05 Straßenneubau 2005 der Stadt Steyr; Restarbeiten und Ausfinanzierung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Sitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute GR Monika Freimund und GR Ursula Voglsam. Entschuldigt sind GR Erwin Schuster, GR Gerhard Klausberger, die Frau GR Silvia Thurner, der GR Karl Baumgartner. Die Frau GR Frech kommt etwas später.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Die Gemeinderatsfraktion der Grünen Steyr richteten mit Schreiben vom 12. März 2007 folgende Anfrage am mich, die ich zuständigkeitshalber an Frau Vizebürgermeisterin Mach weitergeleitet habe. Ich ersuche Frau Vizebürgermeisterin Mach um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Die Anfrage lautet:

„Anfrage gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr bezüglich des Bioanteiles in Küchen gemeindeeigener Einrichtungen.

Bioprodukte sind gesünder, schmecken besser, haben einen höheren Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen und enthalten keine unerwünschten chemischen Rückstände oder Zusatzstoffe.
Erhalt und Förderung einer klein strukturierten Bio-Landwirtschaft und damit Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.
Aktiver Beitrag zu Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz durch angepasste Fruchtfolgen und Kreislaufwirtschaft.
Effizienter Naturschutz: Sicherung der Artenvielfalt, Ausbau der Biodiversität und Erhaltung des OÖ. Landschaftsbildes.
Optimaler Klimaschutz.
Artgerechte Tierhaltung.
Nachvollziehbarkeit der Herkunft der Qualitätssicherung von Lebensmitteln durch gesetzlich geregelte Bio-Kontrollen.
Im Vergleich nur geringe Mehrkosten!

Ich ersuche Sie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der Bioanteil in Küchen gemeindeeigener Einrichtungen?

2. Wie hoch ist der Bioanteil im Essen der gemeindeeigenen Einrichtungen, die nicht aus der Küche des APM versorgt werden?

3. Wird daran gedacht, den Bioanteil im Essen der gemeindeeigenen Einrichtungen bis zum Jahr 2009 auf 30 % zu steigern?

4. Werden bei den Beschaffungskriterien der gemeindeeigenen Küchen die Bioprodukte als Qualitätsmerkmal aufgenommen?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Wie hoch ist der Bioanteil in Küchen gemeindeeigener Einrichtungen?
Es wird lediglich 1 Produkt mit Biozertifizierung verwendet, dies ist das Naturjoghurt von Berglandmilch. Da keine klare Definition in der Anfrage angegeben wurde, zählen wir nicht Frischgemüse aller Art dazu, das von regionalen Landwirten angekauft wird.

Wie hoch ist der Bioanteil im Essen der gemeindeeigenen Einrichtungen, die nicht aus der Küche des APM versorgt werden?

Gemeindeeigene Einrichtungen werden ausschließlich durch die APM-Küche versorgt.

Wird daran gedacht, den Bioanteil im Essen der gemeindeeigenen Einrichtungen bis zum Jahr 2009 auf 30 % zu steigern?
Sollte aus Sicht der Stadt der Wunsch bestehen, den Bioanteil lt. Anfrage zu berücksichtigen, so müssten wir damit beauftragt werden. Somit könnten auch Bioprodukte als Qualitätsmerkmal bei der Beschaffung aufgenommen werden.

Da Bioprodukte derzeit im Durchschnitt 20 % – 30 % teurer sind, liegt diese Entscheidung nicht im Kompetenzbereich des APM. Der Wareneinsatz würde erheblich ansteigen. Bei einem angenommenen Bioanteil von 30 % im Wareneinsatz (derzeitiger Wareneinsatz 2006 ~ 700.000,-- €) würde es zu einer geschätzten Kostensteigerung von rund 60.000,-- € pro Jahr kommen. Man muss

sagen, das ist durchschnittlich ein Monatseinkauf, was das mehr kosten würde.

Werden bei den Beschaffungskriterien der gemeindeeigenen Küchen die Bioprodukte als Qualitätsmerkmal aufgenommen?
Selbstverständlich werden die Bioprodukte aufgenommen und überprüft, aber es muss leider aus Kostengründen auf Bioprodukte größtenteils verzichtet werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Eine weitere Anfrage richtete die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 14. März 2007 an mich, die ich zuständigkeitshalber an Frau Stadträtin Weixlberger weitergeleitet habe. Ich ersuche die Stadträtin um Verlesung und Beantwortung.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Die Anfrage lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur Beantwortung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 22. März 2007 durch das zuständige Mitglied des Stadtsenates stellen die unterzeichneten Mandatare nachstehende Anfrage.

Nachdem die Beschwerden seitens der Bevölkerung von Steyr über die Bettelei im innerstädtischen Bereich immer zahlreicher wurden, hat die FPÖ-Fraktion bereits am 4. 3. 2004 ein Betteleiverbot beim Gemeinderat beantragt. Dieser Antrag wurde mit dem Hinweis auf ein bestehendes Landesgesetz vor allem von der SPÖ abgelehnt.

Allerdings wurde in weiterer Folge im Zusammenhang mit der zunehmenden organisierten Bettelei in unserer Stadt eine bereits bestehende Verordnung betreffend das Verbot des Campierens und Nächtigens am Schiffmeisterplatz vom Gemeinderat am 17. 11. 2005 mehrheitlich beschlossen!

Nach wie vor kommt es zu großem Unmut bei Passanten und bei der Bevölkerung – nicht nur im innerstädtischen Bereich – über die anhaltende organisierte Bettelei in unserer Stadt.

Auch Zeitungen haben darüber berichtet, dass es sich dabei nicht um „arme Menschen“ handelt, sondern ausländische Organisatoren und Geschäftemacher dahinter stecken, die diese sogenannten Bettler mit Autos von einem Ort zum anderen bringen und ihnen das gesammelte Geld dann wieder abnehmen.
Im OÖ. Sammlungsgesetz 1996 (seit 1. 3. 1997 in Kraft) sind Haus- oder Straßensammlungen, darunter ist auch Bettelei zu verstehen, bewilligungspflichtig.

Freiheitliche Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr

Die Erteilung einer Bewilligung ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden, wobei eine organisierte Bettelei eine derartige Bewilligung ausschließt. Zuständig für diese Verfahren ist in den Städten mit eigenem Statut der Magistrat.

Nachdem mit Beginn der warmen Jahreszeit wieder damit zu rechnen ist, dass zahlreiche organisierte Bettler in allen Stadtteilen Passanten belästigen sowie das Image der Stadt Steyr negativ beeinflussen, stellen die unterzeichneten Gemeindemandatare an die zuständige Referentin folgende Anfrage:

Welche Voraussetzungen werden geschaffen, um das seit 1996 bestehende Landesgesetz zu vollziehen, welches das organisierte Betteln (teilweise mit Musikbegleitung) auch in unserer Stadt verhindert?

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Das geeignetste und wirksamste Mittel gegen das Betteln, im Besonderen gegen das organisierte Betteln, würde eine entsprechende landesgesetzliche Bestimmung im OÖ Polizeistrafgesetz darstellen. Ein solches Bettelverbot existiert momentan allerdings erst in drei Bundesländern, nämlich in Tirol, Salzburg und Wien.

Da aber auch bei uns die Problematik bekannt ist und wir seit Jahren mit Beschwerden über die Bettelei konfrontiert sind, haben wir in der Vergangenheit bereits verschiedenste Maßnahmen gesetzt, um diesem Missstand Herr zu werden. Mit unterschiedlichem Erfolg.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass jede Maßnahme bzw. Regelung in diesem Fall so gut ist, wie die Kontrolle derselben. Jedenfalls sind wir derzeit auf die Mitwirkung der Polizei angewiesen.

Seit Dezember des Vorjahres wird im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion nach folgender Regelung vorgegangen:

Die bettelnden Personen werden von der Polizei aufgegriffen und beim Magistrat Steyr, Verwaltungsstrafamt, angezeigt. Als Tatbestand gilt der § 82 Abs. 1 StVO - Benützung der Straße zu verkehrsfremden Zwecken ohne entsprechende Bewilligung.

Die Strafverfügung wird ausgestellt und üblicher Weise mangels Zustelladresse der Polizei übergeben, die bei einem neuerlichen Antreffen des Bettlers die Strafverfügung übergibt (zustellt).

Im Normalfall wird diese Strafe von den Bettlern nicht eingezahlt. Es kann daher angenommen werden, dass der Geldbetrag nicht einbringlich ist. Der Bettler wird daher schriftlich zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe aufgefordert. Diese Aufforderung wird ihm von der Polizei ausgehändigt, sobald er wieder angetroffen wird. Natürlich wird auch bei jedem Antreffen zusätzlich eine neue Anzeige erstattet.

Sollte der Bettler noch einmal aufgegriffen werden, wird er zum Strafantritt vorgeführt.

Mit dieser aufwändigen aber rechtlich einwandfreien Vorgangsweise soll sichergestellt werden, dass Steyr vor allem für das organisierte Bettlerwesen langfristig kein lohnendes Ziel mehr darstellt.
Bei der Umsetzung dieser Vorgangsweise ist die Mitwirkung der Bundespolizei unbedingt erforderlich. So wäre es zwar möglich, ein Bettelverbot durch eine ortspolizeiliche Verordnung auszusprechen, jedoch bestünde in einem solchen Fall keine Mitwirkungspflicht der Polizei. Der Magistrat verfügt nicht über eigene Kontroll- bzw. Aufsichtsorgane.

Das in der Anfrage erwähnte OÖ Sammlungsgesetz kann als Strafbestimmung nicht herangezogen werden. Die Bettelei fällt nicht unter den Begriff Sammlung gemäß dem Sammlungsgesetz.

Die vorher beschriebene Vorgangsweise erscheint daher als momentan zielführendste Maßnahme. Selbstverständlich wäre aber ein oberösterreichweit geltendes Bettelverbot unter Mitwirkung der Polizei noch wirksamer.

Anführen möchte ich noch, dass seit Dezember 2006 bereits 30 Anzeigen wegen unbefugter Benützung von Straßen zu verkehrsfremden Zwecken wegen Bettelei erstattet wurden. Zum Teil sind diese Anzeigen bereits im Status „Aufforderung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe“. Diese Aufforderungen müssen jedoch erst übergeben werden.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Vor einigen Jahren hat eine Bewohnerin der Enge, die uns namentlich bekannt ist, im Zusammenhang mit der Bettelei aber vor allem mit dem Abspielen von Volksliedern, das in der warmen Jahreszeit eine große Belastung oder Belästigung für die Geschäfte und die dort arbeitenden Menschen ist, eine Unterschriftenaktion gestartet. Sie hat bei der zuständigen Abteilung des Magistrates 250 Unterschriften, das hat sie uns glaubhaft versichert, ab gegeben. Mich würde interessieren, nachdem über ein Jahr vergangen ist, was mit diesen 250 Unterschriften, mit dieser Unterschriftenaktion geschehen ist ob man irgendwie reagiert hat, weil die Damen hat sich dann verständlicherweise an uns gewandt und hat gesagt, man könnte zumindest zurückschreiben, was man in dieser Angelegenheit vor hat zu tun oder nicht zu tun, aber vor allem reagieren. Ich kann es auch nachher sagen wer das ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte verstehe das, dass ich das jetzt nicht beantworten kann. Ich weiß nichts von dieser Unterschriftenliste. Ich werde das noch einmal hinterfragen. Ich hätte aber die Dame auch durchaus gebeten, sie kann zu mir auch einmal kommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das belastet die ganze Enge.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich verstehe das auch.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Mittlerweile arbeiten sie mit Notstromaggregaten, mit Akkumulatoren, mit allem Möglichen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Es ist wenigstens erfreulich, wenn ich auch eine Zwischenbemerkung machen darf, dass man erkannt hat, dass es sich dabei um ein Problem handelt. Als wir den Antrag vor einigen Jahren auf Betteleiverbot eingebracht haben, da hat es noch ganz anders ausgeschaut.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, wir werden uns das anschauen.

Ich möchte vorab noch einmal festhalten, der GR Hack wird heute auch nicht hier sein, er hat sich ebenfalls jetzt kurzfristig noch entschuldigen lassen.
Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Ärzte-Notdienst: Erste Bilanz

Anfang des Jahres 2007 ist in Steyr der Ärzte-Notdienst neu strukturiert worden. Erste Bilanz: Das System funktioniert hervorragend, Ärzte, Patienten und das Rotkreuz-Team sind sehr zufrieden.

Aufgebaut hat den Ärzte-Notdienst die Stadt Steyr gemeinsam mit Steyrer Ärzten, der Gebietskrankenkasse und dem Land Oberösterreich. Der wesentliche Vorteil der Neuorganisation ist der, dass die Patienten eine fixe Anlaufstelle - die Bezirksstelle des Roten Kreuzes in der Redtenbachergasse - haben und die diensthabenden Ärzte schneller zu den Patienten kommen.

Das Suchen einer Ordination fällt nun weg, was speziell für ältere Menschen eine Erleichterung bedeutet. Auch aus dem Steyrer Krankenhaus kommen positive Signale

Stadt macht beim Girls Day 2007 mit

Die Stadt Steyr macht auch heuer beim internationalen „Girls Day“ am 26. April mit. Diese Aktion, die in erster Linie von Landesrätin Dr. Silvia Stöger und dem Büro für Frauenfragen des Landes Oberösterreich getragen wird, hat den Zweck, bei Mädchen Interesse für technische Berufe zu wecken, Unternehmen auf das Potenzial der Mädchen aufmerksam zu machen sowie Eltern und Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Mädchen in traditionell männlich dominierten Berufen immer dringender gebraucht werden. Im Magistrat und den Städtischen Betrieben stehen mehrere Plätze zur Verfügung. Die Mädchen werden an ihren Arbeitsplätzen von Fachleuten über den jeweiligen Beruf informiert und können auch praktische Arbeiten durchführen. Ich appelliere an die Steyrer Betriebe, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Es geht um neue Chancen und neue Ideen in der Arbeitswelt.

Weg durch den Stadtgraben eröffnet

Bei heftigem Schneeregen wurde letzten Dienstag Nachmittag der neue Weg durch den ehemaligen Stadtgraben eröffnet. Der Weg führt von der Musikschule entlang der alten Stadtmauer durch den neben dem Schlossgraben letzten bestehenden Teil des Stadtgrabens Richtung Werndl-Denkmal. Der Steyrer Industrie-Pionier Josef Werndl hat im Jahr 1870 den Stadtgraben großteils zuschütten und die seit 1819 bestehende Promenade erweitern lassen. Der neue Weg ist auch im Winter begehbar, er wird beleuchtet, die Böschungen werden begrünt.

Wir haben ein bisher verborgenes Stück der Stadt Steyr für die Steyrer Bürgerinnen und Bürger und für die Besucherinnen und Besucher zugänglich gemacht.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Februar 2007 betrug 5,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 %

niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringert sich diese Zahl um 2,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2007 2.537 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 7,1 % (d. s. 193 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 26,4 % (d. s. 911 Personen).
Im Februar 2007 sind 482 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 8 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 34 Stellen mehr.

Wir kommen zu Punkt 4), „Aktuelle Stunde“.

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Neustrukturierung im Sozialbereich“.

Ich ersuche nun einen Vertreter der ÖVP das Thema näher auszuführen.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Der Grund für diese „Aktuelle Stunde“ ist, wir wollen rechtzeitig über die Zukunft des GSS diskutieren und zwar in der Öffentlichkeit, in diesem Rahmen, und nicht wenn es zu spät wird und wir damit konfrontiert werden, dass das GSS aufgelöst wird. 1998 wurde ein Gesetz erlassen, dass eine Beratungsstelle mit niederschwelligem Zugang für die Bevölkerung vorschrieb. So wurde das GSS ins Leben gerufen, zugegeben mit Bedenken der ÖVP. Zwei oder mehr oder weniger gleiche Einrichtungen zu finanzieren schien nicht notwendig, ist es doch eine 100%-Tochter des Magistrates. Inzwischen arbeitet das GSS ganz gut. Sogar so gut, dass 3 Mitarbeiterinnen mehr als nur ausgelastet sind. Also, das GSS wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Warum? Der Zugang ist anonym, man muss sich nicht deklarieren, es ist kein Amt, man geht ins Ärztezentrum, es gibt keine Barrieren und keine Schwellenangst. Die Menschen, die das GSS aufsuchen und brauchen, haben Probleme die sie nicht mit Beamten besprechen wollen, wo sie nicht in der Warteschlange aufs Drankommen warten wollen und es gibt meist eine große Überwindung über ihre Probleme überhaupt zu sprechen und eine noch größere Überwindung wo hinzugehen und sich jemandem anzuvertrauen. Daher ist der Weg ins Ärztezentrum zu einer Servicestelle einfacher und leichter als der Weg aufs Amt, wo der Kontakt mit Behörden unumgänglich ist. Das GSS arbeitet intensiv mit sozialen Einrichtungen zusammen, wie z. B. das Wigwam, Pro mente, Extreme oder auch das Sozialamt. Es vermittelt den Kontakt bei Bedarf zu diesen Einrichtungen. Nun stellt sich die Frage, wie ist die Zukunft des GSS wo das Sozialamt umstrukturiert wird. Bis Jahresende ist die Finanzierung noch gesichert. Und dann? Alleine bei der Personalauswahl im Sozialamt und dessen Anforderungsprofil muss die Vermutung in den Raum gestellt werden, dass das GSS aufgelöst wird. Herr Dr. Schodermayr versichert uns im Sozialausschuss, dass intensiv verhandelt wird über eine Neuorientierung. Doch wie geht es weiter? Das Sozialamt bleibt ein Amt. Das GSS ist eine unabhängige Einrichtung die hervorragend angenommen wird. Wir sollten nicht etwas das gut, sogar sehr gut, funktioniert infrage stellen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Grüne.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren zum Thema Neustrukturierung Sozialbereich ist ja schon berichtet worden im Sozialausschuss. Danke auch, dass die ÖVP das heute noch einmal thematisiert. Es ist halt nur ein bisschen danach. Mich freut aber, trotz anfänglicher Schwierigkeiten, als wir den GSS gegründet haben und die ÖVP sich hier sehr zurückgehalten hat, was die Zustimmung anbelangt, dass sie mittlerweile, und das eigentlich schon über Jahren, die Qualität dieser Einrichtung durchaus auch sieht und auch unterstützt mit dem Herrn GR Lengauer im Vorstand.

Ich möchte nur kurz sagen, dass es gestern in der Sozialplattform angesprochen worden ist und dass wir natürlich auch die Entscheidung, die anfällt einfach auch im GSS, im Vorstand sehr intensiv diskutieren, und dass wir, und das ist auch eine wichtige Geschichte, die Entscheidung, die ansteht, auch mit allen handelnden Vereinen, allen Handelnden im Sozialbereich diskutieren. Wir wissen natürlich, dass die Stadt als Geldgeber durchaus auch ihr Recht hat und in dem Falle auch wahr nimmt, dass es sagt, infolge einer Neustrukturierung möchten wir, dass der GSS ein Bestandteil des Sozialamtes oder der Sozialabteilung wird. Bestandteil insofern, dass sie mit dem Umbau der

Reithofferwerke draußen auch die Sozialabteilung dort hineinkommen soll und, dass sich die Stadt wünscht, dass diese Stelle dort manifestiert, dass quasi der Zugang des zukünftigen GSS dort draußen stattfinden soll. Jetzt ist es aber so, dass wir auch wissen, dass es ein Qualitätsmerkmal war, über die Jahre, fast schon Jahrzehnte, dass diese Niederschwelligkeit, die Frau Kollegin hat es schon erwähnt, gewährleistet sein muss, dass, und das ist eine wichtige Geschichte und das wird heute noch in den Diskussionen kommen, der Amtscharakter, was immer das auch sein mag, nicht vorhanden sein soll und, dass die Vernetzungstätigkeit ect. wie sie das GSS aufgebaut hat weiterhin da sein soll. Wir machen es uns jetzt im Vorstand nicht leicht indem wir sagen entweder dem einen oder der anderen Extreme so quasi dem Vorzug zu geben, sondern wir diskutieren sehr intensiv darüber, wie denn das in Zukunft ausschauen könnte. Vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Klienten und Klientinnen die diese Einrichtung wahrnehmen. Ich kann aber sagen, dass die zukünftige Stellung des GSS im Verband der Sozialabteilung hier in Steyr noch nicht ausdiskutiert ist. Es ist noch nicht ausdiskutiert. Ich bitte auch um Verständnis darum, weil wir eben auch eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Sozialszene und auch des Sozialplanes in Steyr wünschen. Das geht nur in einer Zusammenschau sämtlicher NGO's und Abteilungen. Dazu gehört sicher auch das Magistrat dazu, als wesentlicher Faktor, dazu gehört aber auch ein Weiterarbeiten mit einem hohen Maß an Verständnis bzw. mit einem hohen Maß an Willen auch an dem Sozialplan in Steyr mitzuarbeiten. Da geht es nicht darum, dass wir einzelne Faktoren beachten, sondern wir müssen alles beachten. Die Angst, dass es mit dem GSS nicht mehr weiter geht ist insofern unbegründet. Wir haben jetzt nach Kündigung der Frau Mag. Paula Steiner eine neue Geschäftsführerin was mithin schon ein Zeichen dafür ist, dass die Qualität auf alle Fälle weitergebracht wird vom GSS. Also die ursprünglichen Ängste die da waren aufgrund eines personalpolitischen Engpasses, weil wir zwei Personen nicht mehr haben in Zukunft, ist insofern tadellos überbrückt worden, dass wir gesagt haben die Geschäftsführung ist jetzt neu, die Dame die hier arbeitet hat ein sehr, sehr fundiertes Wissen darüber und auch den Willen, die Qualität des GSS zu erhalten.
Ich bitte aber trotzdem um Verständnis, dass dieser Denk- und Diskussionsprozess noch nicht abgeschlossen ist und dass wir mit Zusammenarbeit aller Sozialeinrichtungen und auch mit dem Magistrat versuchen, eine Lösung zu finden die für alle gut ist, vor allen für jene, die soziale Hilfe in dieser Stadt haben wollen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Freiheitliche? Keine Wortmeldung. Die Frau Frech ist nicht hier. Michael bitte.

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Liebe Gäste, werte Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Ich habe mir, wie ich in dieses Haus eingezogen bin, vorgenommen, meine Emotionen draußen zu lassen, weil ja die zwingende emotionale Konsequenz auf vieles von dem was hier gesagt wird tiefer Trübsinn ist und dem will ich nicht anheim fallen. Heute mag ich aber Emotionen freien Lauf lassen, ich freue mich riesig, dass die ÖVP so positiv vom GSS, es heißt übrigens der GSS, der Gesundheits- und Sozialservice, spricht davon, so angetan ist und ihn als sehr gut, ganz gut bezeichnet. Ich würde noch eine Stufe höher gehen, ich würde ihn als exzellent bezeichnen. Es wurde wirklich gegen massivem Widerstand dieser GSS installiert. Es hat mit einem Anruf vom Kurt Apfelthaler begonnen. Wir haben uns dann zu 4. zusammengesetzt und dann ein Expertenteam für die Konzeptausarbeitung installiert und dann eben das Konzept hier präsentiert und das wurde dann im Gemeinderat mehrheitlich angenommen. Erst mit dem GR Lengauer ist dann ein bisschen ein Umdenken eingetreten, Kurt Apfelthaler hat es schon gesagt, der sich wirklich enorm engagiert hat und höchst konstruktiv mitgearbeitet hat. Auch die FPÖ hat einen Vertreter entsandt zu Beginn, der GR Stieglitz, denke ich mir wenn ich mich richtig erinnere, war einige Jahr mit dabei und ist dann, aus welchen Gründen auch immer, ausgeschieden. Das was damals die Triebfedern für die Gründung des GSS gewesen sind waren verschiedene Dinge. Erstens einmal ist das Sozialhilfegesetz da gewesen, in dem festgeschrieben wurde, dass es eine Sozialberatungsstelle braucht. Zum Zweiten hat es eine tiefe Unzufriedenheit in der Steyrer Sozialszene gegeben, weil es so etwas wie null Vernetzung gegeben hat und das 3. war sozusagen ein Sozialamt das damals ein Amtsverständnis gehabt hat, was dem Klischee entspricht was die Frau Wührleitner beschrieben hat, nämlich, weil da Amt und wir sind wir und die anderen sind halt die anderen. Das waren die Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen haben sich inzwischen gravierend geändert. Erstens einmal ist es durch die wirklich exzellente Arbeit des Teams des GSS unter der bisherigen Leitung der Frau Mag. Steiner, wirklich dazu gekommen, dass es eine echte Vernetzung, nicht nur das Schlagwort, sondern zu einer echten Vernetzung gekommen ist der Steyrer Sozialszene, was zu einer Qualitäts- und Effizientssteigerung geführt hat. Zum 2. ist es zu einer extrem hohen Akzeptanz durch die Steyrer Bevölkerung gekommen. D. h., wir haben im ersten Jahr des Bestehens eine

Klientenkontaktzahl gehabt von gut 400 die inzwischen angewachsen ist auf weit über 2000 mit steigender Tendenz, d. h., es wird immer noch mehr und das bitte, und das mag ich auch einmal gesagt haben, mit gleichbleibenden Ressourcen. Es ist praktisch dasselbe zur Verfügung gestanden an Ressourcen für 400 Klienten wie dann für über weit über 2000 Klienten.
Was sich im letzten Jahr geändert hat, in der letzten Zeit, ist sozusagen die Einstellung des Sozialamtes der Stadt Steyr. Es gibt eine neue Leitung. Die Frau Dr. Kolar-Starzer hat die Leitung übernommen und hat, denke ich mir, ziemlich viel frischen Wind hineingebracht und hat auch ein anderes Amtsverständnis und das beginnt jetzt Früchte zu tragen. D. h., es wird offener, es wird ein moderner Dienstleistungsbetrieb, es wird umstrukturiert in Richtung moderner Dienstleistungsbetrieb, es wird aufeinander zugegangen, was vorher, das mag ich durchaus kritisch bemerken, nicht passiert ist. D. h., es wird in Richtung Sozialszene gegangen. Es werden inzwischen gemeinsame Sozialplattformen abgehalten, es werden gemeinsame Veranstaltungen, gemeinsame Konzeptentwicklungen durchgeführt. D. h., es gibt eine deutliche Öffnung und eine deutliche positive Veränderung der Rahmenbedingungen. Das was jetzt passiert an Diskussionsprozess ist schlichtweg die Reaktion auf diese geänderten Rahmenbedingungen, weil wir wären ein ziemlich strukturkonservativer Betrieb im GSS wenn wir nicht darauf reagieren würden. Der Diskussionsprozess läuft einfach in die Richtung, dass man sagt, wie nähern wir uns mehr an, wo können wir Synergieeffekte nutzen, wo können wir besser zusammenarbeiten, wo können wir Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Und nichts anderes ist jetzt dieser Diskussionsprozess. Wie das im Organigramm zum Schluss aussieht ist nicht klar, der Kurt hat es schon gesagt, das ist in Diskussion und mehr kann man im Moment nicht dazu sagen. Alles andere wäre Kaffeesudleserei. Es gibt sowohl von Magistratsseite wie von der Vorstandsseite des GSS ein absolut positives Wollen etwas gemeinsam zu machen. Wie das wie gesagt organisatorisch ausschaut, können wir jetzt nicht diskutieren, weil wir es noch nicht wissen.

Wogegen ich mich schon ein bisschen wehren mag, weil das ein bisschen herausgekommen ist aus der Wortmeldung der Kollegin Wührleitner, so das mit Amt und Beamte, man kann nicht zu einem Beamten gehen wenn man Probleme hat, also, ich halte das für nicht richtig. Ich denke das ist eine Frage wie ich mich als Dienstleister verstehen und ich mag nicht auf unsere Beamten jetzt irgendwie einen Schatten werfen, nur weil sie Beamte sind können sie mit anderen Leuten nicht umgehen. Ich denke mir es geht um die Niederschwelligkeit, es geht darum, den hilfesuchenden Menschen so etwas wie eine Einladung zu bieten oder, was jetzt im zunehmenden Ausmaß vom Sozialamt her passiert, auf die Leute zuzugehen, nicht im Sinne einer aufsuchenden Sozialarbeit, also den modernen Ansatz zu wählen und nicht zu warten, bis die Leute auf allen Vieren bei der Türe hereinkommen. Ich denke mir, da mag ich mich nicht auf so alte Klischees einlassen, dass alles was in einem Amt passiert irgendwie staubig, verzopft und ich weiß es nicht, konservativ oder sonst was ist oder womöglich nicht menschenfreundlich ist. Ich denke, dass gerade unser Sozialamt in der jetzigen Situation, in der jetzigen, meiner Meinung nach, rasanten Entwicklung, wo man schauen muss, dass man nachkommt, dass man diesen Menschen die dort arbeiten durchaus ein bisschen Vorschussvertrauen geben könnte, dass es auch durchaus in einem Amt menschlich zugehen kann. In diesem Sinne weiß ich nicht, ob ich die Frage beantwortet habe, es ist dieselbe Antwort, die ich im Sozialausschuss gegeben habe, nur ein bisschen wortreicher jetzt, nämlich, dass wir mitten im Diskussionsprozess stehen, den wir in diesem Jahr, das mag ich sozusagen als zeitlichen Horizont setzen, abgeschlossen wissen wollen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GR Michaela Frech kommt um 14.30 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Entschuldigung, dass ich mich verspätet habe, aber ich bin um 4 Uhr morgens aufgestanden um pünktlich zu sein, aber öffentliche Verkehrsmittel spielen leider nicht immer ganz mit. Ich steige aber gerne gleich mitten in die Debatte ein. GSS, Gesundheits- und Sozialservice, ist ein Thema, das mich bereits beschäftigt hat, bevor ich noch ...

Unverständliche Zwischenrufe von StR Hauser und GR Eichhübl

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zurück zum GSS. Bereits vor meinen Einstieg in die Politik war das ein Thema das mich beschäftigt hat. Wenn man so an die Anfänge zurückgeht, lieber Michael, kann ich mich noch gut erinnern wie wir im Museum Arbeitswelt gesessen sind, gemeinsam mit dem Dr. Pflegerl, mit dem Kurt Apfelthaler, im Rahmen der Zukunftsakademie wo wir diese Idee auch hatten einen Gesundheits- und Sozialservice zu errichten. Das hat damals noch nicht so geheißen, aber die Idee war da. Der Ursprung war nicht ein Misstrauen gegenüber dem Amt, sondern der Ursprung war, und das hast du selbst jetzt wieder auch in deiner Rede gebracht, erstens einmal Niederschwelligkeit und Niederschwelligkeit kann ich nur dann haben, wenn es von einer Einrichtung betrieben wird die unabhängig ist. Damit unterstelle ich einer Einrichtung gar nichts, aber sie muss unabhängig sein. Der Magistrat, klarerweise, ist ein ganz anderes Szenario als jetzt ein Verein. Der Magistrat ist zugleich der Subventionsgeber. Der Magistrat ist eine Behörde. Das ist jetzt nicht gut oder schlecht, sondern von der Organisationsstruktur her ist er eine Behörde und damit automatisch nicht niederschwellig. Jeder der heute im Bereich Soziales, Gesundheit arbeitet, der weiß, dass es immer noch niederschwelligere Angebote braucht. D. h., man darf nicht den umgekehrten Weg gehen in höherschwellige Angebote, wie das eine Behörde schlichtweg ist, kann nicht anders sein, so gut sie auch arbeitet, sondern es muss noch niederschwelliger werden, damit das Angebot in Anspruch genommen wird. Der zweite Punkt Michael, den du auch angesprochen hast, ist die Vernetzung. Genau das ist über den GSS wunderbar gelungen. Das war auch nur möglich, weil eben nicht der Magistrat diese Vernetzung betrieben hat, weil der Magistrat ja zugleich der Subventionsgeber ist für viele Vereine, man deshalb auch nicht so offen und direkt gegenüber dem Magistrat agieren kann, auch nicht Kritik so stark äußern kann, weil ich werde nicht den Hund beißen, der mich füttert. D. h. Erfahrungsaustausch, viele Dinge nicht mehr möglich wären, wenn man die Organisationsstruktur ändert. Ich bedaure es sehr, dass du da deine Meinung so stark geändert hast, aber anscheinend verändert die Politik mitunter auch die Wahrnehmung der Menschen. Das tut mir sehr Leid, weil ich habe dich als sehr engagierten Mitstreiter im GSS erlebt und, wie gesagt, jetzt würde ich mir schon wünschen, dass du auch zu denen gehörst die möchten dass der GSS so weiter bleibt wie er bisher war, nicht sich zu verändern. Man kann sich verändern und man soll sich auch verändern. Das war z. B. der Punkt auch mit zusätzlichen Räumlichkeiten die man benötigt, aber eine Eingliederung in die Magistratsstruktur, eine Eingliederung im Reithoffergebäude, wo automatisch nicht mehr kommunizierbar ist nach außen, das ist jetzt da der unabhängige Verein und zwei Stockwerke höher ist die Behörde, das ist nicht vermittelbar. Das halte ich also für sehr schlecht. Vom Dienstverhältnis her wünsche ich es wirklich niemandem in Strukturen dann reinzukommen die so halb halb möglicherweise sind. Du hast selbst gesagt, man weiß nicht wie das jetzt organisatorisch weitergehen wird. Dann sollte man sich das überlegen, weil der GSS kann es sich nicht überlegen, sondern anscheinend ist es jetzt Sache der Stadt, weil die Stadt ja auch der Geldgeber ist, aber ein Dienstverhältnis dann z. B. für eine zukünftige Leitung, wo man dann so ein bisschen Magistrat ist und ein bisschen vielleicht doch nicht so Beamter, das kann ich mir schlecht vorstellen und da spreche ich aus eigener Erfahrung, dass das sinnvoll ist, dass man einen klaren Arbeitgeber hat.

Ich persönlich spreche mich für eine Beibehaltung des GSS aus. Die Susanne Altendorfer, die die Vertretung des Bürgerforums im GSS übernommen hat und die war ja bei den letzten zahlreichen Sitzungen auch dabei und hat mir also auch gesagt, dass sie, sofern es ihr möglich war, war sie dabei, sie hat auch Kinder und Familie und das ist nicht immer so einfach, dass man Familie und alles miteinander unter einen Hut bringt, aber sie hat mir also auch gesagt, was derzeit so Stand der Dinge ist und ich habe mich auch viel mit der Paula Steiner unterhalten, um die mir auch sehr leid ist, das sage ich auch an dieser Stelle und bedanke mich sehr für ihre engagierte Mitarbeit. Sie war wirklich eine absolute Seele für diese Organisation. Ich würde mir jetzt wirklich wünschen, dass man, der Gemeinderat hier in einer „Aktuellen Stunde“ ist denke ich mir nicht wirklich das geeignete Gremium, obwohl ich froh bin, wenn es zur Sprache kommt, aber dass man sich auf Fraktionsebene zusammensetzt und überlegt, wie man jetzt weiter vorgeht, weil wenn, dann muss ich sagen, wäre mir persönlich das am liebsten, entweder man sagt, GSS wir tragen ihn zu Grabe, das war es halt, das würde ich sehr, sehr stark bedauern, oder aber der Magistrat ist zugleich die Sozialberatungsstelle. Alles was irgendwie dazwischen ist denke ich mir ist nicht Fisch und nicht Fleisch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. ÖVP noch einmal.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich möchte nur kurz noch etwas richtig stellen. Diskutieren muss man vor einer Entscheidungsfindung und darum haben wir das Thema in den Raum gestellt. Ich habe nicht gesagt, dass ein Amt staubig ist, Herr Kollege Schodermayr, Sie haben das gesagt. Es ist einfach, gewisse Personen haben eine Scheu auf ein Amt

zu gehen. Wenn jetzt beides im gleichen Raum ist, dann ist das nicht gut. Das Ärztehaus hat wirklich einen niederschwelligen Zugang und das soll so bleiben. Da gehen die Leute hin. Die gehen lieber in ein Ärztehaus als auf ein Amt. Die Öffnung des Sozialamtes ist gut, aber es ändert einfach nicht den Zugang zu einem Amt.
Bei der Personalentscheidung, ich habe schon gesagt, das Anforderungsprofil war seinerzeit ein anderes an die Geschäftsführerin und jetzt geht es eher in die Richtung Mitarbeiterin als in Richtung einer Führungskraft, beim neuen GSS. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also das Thema GSS haben wir glaube ich ziemlich eindeutig diskutiert. Ich möchte vielleicht noch anfügen, dass das Thema Niederschwelligkeit und dieses Thema Amt und Behörde, dass man da Angst haben muss wenn man hingeht, also für mich nie ein Thema war sondern ich das Magistrat immer verstanden habe als Servicebereich. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass man auch in der Zeit wo sich einiges verändert und wo sich was zum Positiven verändert, speziell in der Sozialabteilung, dass man diesen Entwicklungen folgen soll. Bezüglich Vernetzung verstehe ich überhaupt nicht warum das vom Magistrat nicht gemacht werden könnte. Veränderungen waren schon immer etwas Positives. Ich glaube man soll auf Veränderungen einfach zugehen. Dass man nicht weiß wie es weiter geht in unserem Haus, ich glaube da haben wir noch ein bisschen Zeit dazu, dass wir über das reden. Das hat der Dr. Schodermayr sehr deutlich auch noch einmal gesagt, dass das ein Diskussionsprozess ist der noch nicht abgeschlossen ist und wir werden auf alle Fälle in die Richtung intensiver informieren in nächster Zeit. Das wollte ich auf alle Fälle noch dazu gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Vielleicht, dass man das auch erwähnt, Herr Bürgermeister, dass man das in allen Details, dass das vonseiten des Sozialamtes am 3. Oktober 2006 bereits vorgestellt worden ist, ich habe die ganzen Unterlagen mit, und genauso am 15. Februar 2007 wieder wie weit wir jetzt sind. Man muss das im Ganzheitlichen sehen. Wir haben das wirklich sehr intensiv im Sozialausschuss bearbeitet und durchgenommen. Das möchte ich schon sagen, dass man das auch zur Kenntnis nimmt. Die ganzen Details warum das so ist und dass ein Behindertenbeauftragter kommt, dass ja das in Zukunft alles erweitert wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Bevor ich zu Punkt 5) komme möchte ich noch GR Michael Hingerl zu seinem Geburtstag, den er heute feiert, recht herzlich gratulieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme nun zu Punkt 5), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte darum und zu Punkt 6), Verhandlungsgegenstände, übergebe ich den Vorsitz an meine Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, ich habe eine Anfrage eingebracht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist mir nicht bekannt. Bei wem?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Per E-Mail, telefonischer Akt und zwar zweifach. Einmal an dich, Bürgermeisterbüro und einmal an die normale Adresse. Ich kann es euch zeigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da muss es irgendeinen Fehler im System geben, weil ich habe das noch einmal überprüfen lassen bevor ich da hergegangen bin.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Also weißt du, da erspare ich mir einen Kommentar. Ich habe es zweifach weggeschickt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist leider nicht angekommen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

So, ich gebe meinen Vorsitz an meine Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem ersten Antrag geht es um das Subventionsansuchen Verein der Freunde der Schwimmschule Steyr.

1) Fin-16/07 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 11. Jänner 2007 wird beschlossen, dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr

1. eine „lebende Subvention“ in der Form zu gewähren, dass die Lohnabrechnung für das Personal Schwimmschule vom Magistrat durchgeführt werden kann,
2. ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ für das Betriebsjahr 2007 die operative Führung des Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke kostenfrei erfolgen zu lassen,
3. für den voraussichtlichen Verlust im Betrieb der Schwimmschule 2007 die Bereitstellung von Geldmitteln aus der Position lfd. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. – Schwimmschule in Höhe von Euro 21.800,00 zu genehmigen,
4. für Planung und Investition im Jahr 2007 eine Förderung in Höhe von Euro 109.000,00 von der hiefür vorgesehenen Voranschlagstelle (kap. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbszweck - Schwimmschule) zu gewähren.

Zum genannten Zweck wird bei VSt. 5/831000/757000 ein Betrag von Euro 21.800,00 und bei VSt. 5/831000/777000 ein Betrag von Euro 109.000,00 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 130.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren und ihm die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr ist vorgesehen Oberbrandinspektor Thomas Matzenberger, Brandmeister Peter Röck und Hauptlöschmeister Augustin Lindinger. Bei der Betriebsfeuerwehr BMW Motoren Steyr ist vorgeschlagen Brandmeister Hannes Haghofer und bei der Betriebsfeuerwehr SKF Österreich AG Hauptlöschmeister Manfred Haslehner und Hauptlöschmeister Franz Schwödiauer.
Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

2) FW-1/07 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. 01. 2007 genannten Personen wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem dritten Antrag geht es um die Stadtmarketing Steyr GmbH, Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2007, Gesellschafterzuschuss. Das Stadtmarketing Steyr ist ja auch im vergangenem Jahr wieder sehr aktiv gewesen. Ich glaube, dass das auch sehr positiv für die Stadt ist. Es gibt viele, viele Veranstaltungen und viele, viele Aktivitäten die vom Geschäftsführer Alfred Pech sehr vorbildlich durchgeführt werden. Ich bitte die Subvention bzw. den Gesellschafterzuschuss in der Höhe von 218.000,00 Euro hier zu genehmigen.

3) Fin-49/07 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2007; Gesellschafterzuschuss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 6. 2. 2007 wird der Stadtmarketing Steyr GmbH ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von Euro 218.000,00 genehmigt.
Zum genannten Zweck werden Mittel von Euro 218.000,00 (Euro zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (lfd. Transferzahlungen) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 215.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Stadtmarketing macht glaube ich wirklich eine ausgezeichnete Arbeit. Wir haben bei der letzten Sitzung, als wir auch die Vorschau für dieses Jahr erarbeitet haben, auch die Mitteilung bekommen, dass ein neuer Mitarbeiter beim Stadtmarketing tätig ist, ohne Anforderung, trotzdem bekommen. Wir freuen uns über diese personelle Unterstützung für das Stadtmarketing. Ich möchte allerdings schon fragen, wo ist das beschlossen worden? Wer bezahlt diesen zusätzlichen Mann? Es ist weder in einem Personalausschuss, es ist weder in einem Dienstpostenplan irgendwo berücksichtigt. Machen wir derzeit oder neuerdings Personalaufnahmen ohne irgendjemanden zu befassen nur aus der Magengegend heraus? Oder was machen wir? Ich möchte eines dazu sagen, dass ich vor dieser Person, die hier eingestellt wurde, eine Hochachtung habe, eine persönliche, und auch sein fachliches Wissen auf jeden Fall als sehr, sehr hoch einschätze. Diesbezüglich gibt es kein Problem. Mir geht es um die Vorgangsweise. Wenn ich jemanden zusätzlich einstellen möchte, dann gehört das in den zuständigen Gremien auch bearbeitet und gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es handelt sich hier nicht um eine zusätzliche Personaleinstellung im üblichen Sinn, sondern es ist das AMS an uns herangetreten hier eine Implacementstiftung zu machen und dieser Implacementstiftung sind wir nähergetreten, wie wir das auch in der Vergangenheit bei anderen Fällen gemacht haben, das wird nie ausgeschrieben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Deswegen muss genauso eine Bezahlung stattfinden. Implacement heißt Kostenteilung zwischen Arbeitgeber und ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, es ist ein Anteil von uns zu bezahlen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Kostenteilung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, anteilig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag handelt es sich auch um einen Vorgang der eigentlich jedes Jahr hier Wiederholung findet. Und zwar die Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2006 in das Finanzjahr 2007. Hier geht es beim ordentlichen Haushalt um eine Summe von 120.188,00 Euro und im außerordentlichen Haushalt um eine Übertragung von 6,476.257,00 Euro, also in Summe 6,596.445,00 Euro. Ich bitte dieser Übertragung zuzustimmen.

4) Fin-120/06 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2006 in das Finanzjahr 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 5. März 2007 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 120.188,00 und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 6,476.257,00 in Summe Euro 6,596.445,00 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Werte Kolleginnen, werte Kollegen, bei näherer Betrachtung dieser Übertragungen stellt sich schon eine Frage an den Herrn Finanzreferenten, den Herrn Bürgermeister, wie es möglich ist, dass Rechnungen aus dem Jahr 1999, Gemeinderatsbeschluss 16. 12. 1999, bis heute nicht abgerechnet sind, oder vielleicht bei der Begründung dazuschreiben, warum sie nicht abgerechnet worden sind. Entweder ist der inzwischen in Konkurs gegangen oder in den Konkurs getrieben worden, weil man nicht bezahlt hat. Das sind immerhin 8 Jahre, dass Rechnungen offen sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Um welchen Betrag geht es denn?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Seite 3, Baumaßnahmen in der Werndlstraße.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Payrleithner, bitte verstehe das, dass ich jetzt von da weg das nicht überprüfen kann. Ich werde das auf alle Fälle überprüfen, warum das so ist und du wirst auch die Mitteilung bekommen. Aber es gibt halt irgendwelche Maßnahmen oder Baumaßnahmen, das kann durchaus so sein, dass einer einmal in Konkurs geht oder sonst irgendetwas. Ich weiß es nicht. Ich muss dich auf einen späteren Zeitpunkt vertrösten wo ich dir das beantworten werde.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Aber man kann vielleicht in Zukunft unter der Rubrik Begründung dazuschreiben, warum das so ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es sonst noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige

Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um den OÖ Verkehrsverbund, Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2007 und um die Aufrollung der Jahre 2000 bis 2004. D. h., dieser Betrag der alljährlich, und zwar wird der vierteljährlich von der Stadt bezahlt, geht es hier um einen Betrag der sich aus zwei Positionen zusammensetzt. Und zwar die Aufrollung ergibt eine Nachzahlung von 3.994,06 Euro und der übliche Betrag ist 319.335,79. In Summe geht es um einen Betrag von 323.329,85 Euro. Ich bitte auch diesem Betrag die Zustimmung zu erteilen.

5) VerkR-202/07 OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2007; Aufrollung für die Jahre 2000 bis 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 22. 02. 2007 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Aufwand am OÖ Verkehrsverbund für das Jahr 2007 samt Aufrollung für die Jahre 2000 bis 2004 in Höhe von EUR 323.329,85 gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 323.329,85 bei der VASt. 1/690000/751000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, letzter Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.26. Hier geht es um die Ansiedlung der Firma Porsche Steyr in der Ennser Straße. Es wurden die entsprechenden Schritte vorgenommen, es gibt keine Einwendungen von keiner Seite und ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

6) BauGru-16/06 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.26 – Porsche Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.26 – Porsche Steyr – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 13. 04. 2006, korrigiert am 19. 02. 2007, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 5. März 2007 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag. Übt jemand Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Berichterstatter ist der Herr Vzbgm. Bremm. Bitte sehr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem Antrag geht es um die Mülldeponie der Stadt Steyr. Es geht um das Detailprojekt Oberflächenabdichtung, das geplant, vorgesehen gewesen wäre, aufgrund wahrscheinlich gesetzlicher Änderungen die 2006 schon angekündigt worden sind, aber sich verzögert haben und wahrscheinlich im heurigen Jahr einer Beschlussfassung im Parlament zugeführt wird, haben wir dieses Projekt schon gestoppt und wir wollen diesen Stopp weiter führen und dazu brauchen wir heute einen Beschluss. Es wäre nicht zweckmäßig, dieses Projekt jetzt zu beauftragen um vielleicht in der zweiten Jahreshälfte zu sehen, dass diese Abdichtungsmaßnahmen oder dass das Projekt sinnlos gewesen wäre. Ich ersuche hier um Zustimmung.

7) Umw-16/04 Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojekt Oberflächenabdichtung, Deponiestraße (Bermenstraße); Deponieentgasung – Weiterführung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung vom 8. 2. 2007 wir die Zustimmung zur Aussetzung des Auftrages an das Büro Hitzfelder und Pillichshammer erteilt.

Der RHV Steyr und Umgebung wird ermächtigt, ein entsprechendes Übereinkommen herbeizuführen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist StR Dietmar Spanring.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Werte Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, in meinem ersten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung, das Ansuchen seitens der Personalvertretung des Magistrates Steyr um Gewährung einer Subvention in der Höhe von Euro 30.000,00 um diese Personalbetreuungsaufgaben entsprechend durchführen zu können.

8) Fin-26/07 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 19. 1. 2007 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2007 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt Euro 30.000,00 gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 30.000,00 (dreißigtausend) bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um das Museum Industrielle Arbeitswelt, um die Jahressubvention 2007, die in den entsprechenden Gremien beschlossen und an den Gemeinderat weitergeleitet wird und ich ersuche um Freigabe der Jahresförderung in der Höhe von 181.000,00 Euro.

9) Fin-168/06 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 5. Februar 2007 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2007 eine Jahresförderung in Form einer Subvention in der Höhe von € 181.000,-- (i. W. EURO einhundertachtzigeintausend) gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2007 auf der VA-Stelle 1/360000/757000 - Museum, Subvention Museum Arbeitswelt - vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Engelbert Lengauer war der Letzte, der sich von unserer Fraktion zu diesem Thema gemeldet hat und wir haben auch schon damals die Grundförderung des Arbeitsweltmuseums nicht in Abrede gestellt. Es ist grundsätzlich eine österreichweite, europaweite anerkannte Arbeit die dort geleistet wird, aber die laufenden Subventionen die von der Stadt Steyr getätigt werden, werden eigentlich immer mehr, übersteigen jedes Jahr den Grundantrag. Wir fangen mit 109.000 Euro an und zu guter Letzt landet man dann bei 200.000 Euro. Wir haben die Zahlen angefordert, wie viel Subventionen in den letzten sechs Jahren getätigt wurden seitens der Stadt Steyr. Wir haben die Zahlen betreffend der Umbaukosten nicht erhalten. Wir schätzten, dass die Zahlen betreffend der Umbaukosten bei 3 Mio. Euro liegen und die Subventionen in den laufenden sechs Jahren, das uns jetzt vorliegt, liegt bei 1.226.000 Euro und das ist eigentlich ein sehr beträchtlicher Betrag. Weil wenn ich daneben höre, dass 40.000 für die Schlossgalerie pro Jahr schon zu viel ist und wenn daneben das Heimatmuseum auf Eis gelegt wird betreffend Investitionen, und das schon über Jahre, das schon im Budget überhaupt nicht mehr berücksichtigt wird, denke ich schon, dass die Kulturförderungen in Steyr eine beträchtliche Schieflage erleiden.

Wir können diesbezüglich gar nicht mehr von einem Gießkannensystem reden, sondern der Schlauch geht leider nur in eine Richtung. Genau aus diesem Grund wird auch die Fraktion der ÖVP diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Ich weiß schon, dass es einige Gemeindemandatare in diesem Raum gibt, die sich nicht sehr gerne einige Jahre zurückerinnern und zwar an die Zeit, wo es immer wieder Probleme mit den 109.000 Euro Förderungen an das Museum Arbeitswelt deswegen gegeben hat, weil über Jahre hinweg man vonseiten der Geschäftsführung, nach dem zwei Drittel der Jahre vergangen sind, immer wieder draufgekommen ist, dass man mit diesen 109.000 Euro das Auslangen nicht findet, neben anderen Förderungen, ich komme noch darauf zu sprechen, und eben vom Gemeinderat bzw. in weiterer Folge von der Stadt entsprechende Nachforderungen verlangt hat. Es waren immer Summen so zwischen 35.000 und 38.000 Euro. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass es auch einige Wortmeldungen vonseiten der SPÖ-Mandatare gegeben hat die gemeint haben, so sinngemäß, so kann es nicht weiter gehen, der Verein Museum Arbeitswelt soll und muss endlich mit dem Geld auskommen, das ihm vom Gemeinderat zugestanden wird, nämlich diese vorhin erwähnten 109.000 Euro. Was war die Konsequenz aus dieser ganzen Angelegenheit? Man ist dann hergegangen und hat diese Förderung auf 181.000 Euro angehoben und das war die Konsequenz aus diesen kritischen Anmerkungen. Es hat ja nicht nur Kritik von unserer Seite her gegeben, sondern auch, wie die Frau Kollegin Braunsberger bereits darauf hingewiesen hat, Kritik vonseiten der ÖVP-Gemeinderatsfraktion gegeben. Es hat auch sehr wenig Verständnis von anderen, die sich auch mit kulturellen Tätigkeiten beschäftigen gegeben, dass hier sehr großzügige Förderungsmaßnahmen gesetzt werden und andererseits man in verschiedenen Bereichen sehr sparsam umgeht, weil ja bekanntlicherweise der Topf, wo eben diese kulturellen Einrichtungen subventioniert und finanziert werden, nicht unendlich groß ist und dementsprechend aufgrund unserer finanziellen Situation der Stadt eingeschränkt ist.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite wäre die, dass man doch auch dieses 20-Jahre-Jubiläum zum Anlass nehmen sollte, und vonseiten des Vereines einmal selbstkritisch hinterfragen sollte, welche Anerkennung hat eigentlich dieser Verein? Wie werden vor allen Dingen die Veranstaltungen des Museums Arbeitswelt in der Bevölkerung angenommen? Ein Parameter dafür ist zweifelsohne der Besuch von Veranstaltungen in diesem Bereich. Ich darf da auf einige Zahlen zurückgreifen aus dem Jahre 2006. Da ist ja bekanntlich die Situation so gewesen, dass man aufgrund von Umbaumaßnahmen erst im Juni 2006 geöffnet hat. Im gesamten Zeitraum Juni bis Dezember 2006 hat es 12 Führungen gegeben. Es hat Einnahmen aus Kartenverkauf insgesamt 10.733,10 Euro gegeben, wo auch anzumerken ist, dass der größte Teil daraus aus Besuchen von Schülergruppen resultiert und die halt im Rahmen von Schulprogrammen dort hingeschickt worden sind. Das sind nicht unbedingt jene Personen die aus Eigeninteresse dort hingegangen sind. Sonst ist festzustellen, dass der Besucherandrang nicht besonders groß war. Es hat Tage gegeben, wo es 4, 5 Kartenverkäufe gegeben hat und sogar am Nationalfeiertag waren insgesamt 12 Personen dort und haben diese Einrichtung besucht. Also, wenn man jetzt von den

Gesamteinnahmen ausgeht und berücksichtigt was an Aufwendungen hier dem gegenüber steht, dann sind glaube ich nicht einmal die Stromkosten abgedeckt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe bereits erwähnt, und das steht auch so im Amtsbericht, dass das 20-Jahr-Jubiläum gefeiert wird. Ich war damals selbst mit dabei, als im Gemeinderat beschlossen wurde, eine derartige Einrichtung vonseiten der Stadt entsprechend zu unterstützen. Ich habe damals auch die Zustimmung gegeben. Wir waren auch dabei bei der Grundförderung, mit gewissen Einschränkungen kann man sagen, dass mich der Herr Kupfer nicht wieder darauf hinweisen muss, aber schlussendlich haben wir immer wieder die Zustimmung zu dieser Förderung von der Größenordnung von 109.000 Euro gegeben, sind aber nicht mitgegangen bei den 181.000 Euro, weil, und das sollte man auch sehr deutlich sagen, ja nicht nur vonseiten der Stadt Gelder in das Museum Arbeitswelt fließen, sondern es gibt z. B. einen Vertrag der reicht bis 2009, dass vonseiten des Bundes 250.000 Euro gegeben werden, dass vonseiten des Landes 250.000 Euro gegeben werden, dass es Förderungen von der AK beispielsweise gibt und es gibt dann auch noch Projektförderungen udglm. Ich möchte jetzt gar nicht einzeln darauf hinweisen, es wurden bereits Zahlen genannt.

Zum Abschluss möchte ich nochmals deutlich sagen, dass wir nicht grundsätzlich gegen eine Förderung dieses Museums Arbeitswelt sind, diese Größenordnungen aber im Vergleich zu anderen Vereinen aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster Redner ist GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätzte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Ein Dauerthema, das scheinbar im Gemeinderat so ideologische Schranken zwischen der linken und der rechten Hälfte immer wieder aufmacht. Inhaltlich das zu diskutieren halte ich zeitlich für müßig. Es ist schon so viel darüber diskutiert worden über den Wert, die Bedeutung, die regionale und besonders die überregionale Bedeutung des Museums für unsere Stadt. Ich denke speziell mit der neuen Ausstellung, mit der Perspektive auf Linz 2009 ist es ganz wichtig, dass in einer Stadt wie unserer es eine Einrichtung wie das Museum gibt und dass sich das Museum auch noch stärker positioniert mit Ausstellungsinhalten die man sonst in dieser Region, diesem Bundesland und ich sage in ganz Österreich sonst nicht sehen würde. Mit dem Thema Globalisierung ist auf alle Fälle eines gewählt worden das sicher zeitgemäß ist.
Das Museum Arbeitswelt, und das wissen viele von uns die Veranstaltungen besuchen, hat natürlich eine Veränderung in den letzten Jahren wahrgenommen, in dem Sinne, dass es verstärkt ein Veranstaltungszentrum geworden ist. Ein Veranstaltungszentrum das sehr viele, sehr gute Veranstaltungen beherbergt. Wir wissen es in Steyr, so tolle Einrichtungen für Kongresse, Tagungen und ect. gibt es nicht.
Vielleicht nur eine Seitenbemerkung, wir haben auch in diesem Haus einmal zugestimmt, eine Unterstützung für das Kino, wo es geheißen hat das wird auch ein super Tagungsraum. In Steyr ist keine einzige Tagung durchgeführt worden. Anderes Thema.

Das Museum Arbeitswelt ist ein Thema das auch im Kulturausschuss diskutiert wird, regelmäßig, und auch zuletzt bei der letzten Kulturausschusssitzung diskutiert wurde. Es gibt einen Vorsitzenden des Kulturausschusses, den Kollegen Hack, das war glaube ich seine erste oder zweite Sitzung, ich erinnere mich ganz genau, der Kollege Payrleithner war auch dabei, es hat keine Wortmeldung vom Kollegen Hack gegen diese Wortmeldung gegeben, es hat auch keine kritische Wortmeldung des Kollegen Payrleithner gegen diese Förderung gegeben. Sprich, was soll das? Warum diskutieren wir das hier im Gemeinderat? Es hätte Gelegenheit genug gegeben von der ÖVP und von der FPÖ, das zu diskutieren, dort, wo wir diese Anträge die wir hier beschließen, vorbereiten. Zu dem sind die Ausschüsse da. Darum verstehe ich sozusagen das nicht, dass wir jetzt, ich meine die Presse ist anwesend, einige Gäste, das Fernsehen ist heute nicht da, dass man sozusagen dieses Podium wieder benützt ideologische Diskussionen zu führen. Es ist klar, ÖVP, FPÖ, denen taugt das Museum nicht so sehr, Grüne und SPÖ stehen dahinter. Es ist so und ich denke mir, damit müssen wir uns auch abfinden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Da waren Sie noch gar nicht im Gemeinderat, haben wir das schon beschlossen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, lieber Andy, das Leben ist halt nicht schwarz und das Leben ist nicht weiß, das Leben ist bunt und es lässt sich nicht alles immer auf Ideologien zuschneiden. Das ist sehr vereinfachend zu sagen, die Rechten sind jetzt unter Anführungszeichen gegen das Museum und die Linken sind für das Museum, sondern ich glaube, man sollte Sachargumente heranziehen bei der Diskussion. Was mich schon irritiert, deshalb melde ich mich auch zu Wort, das ist, ich möchte nicht, und da wundert mich, dass das von dir kommt Andy, dass man sagt in diesem Gemeinderat das ist nicht die Diskussionsbasis, da sollen wir jetzt nicht darüber reden, das ist im Ausschuss behandelt worden, weil das würde bedeuten, dass all jene, die nicht im Ausschuss sitzen, hier heraußen gar nichts mehr zu sagen hätten oder sagen sollen. Ich glaube, wo dann wie in einem öffentlichen Gemeinderat kann man seine Meinung kund tun. Sonst brauchen wir uns überhaupt nur noch hinsetzen, abstimmen, nicht mehr debattieren, gar nichts mehr. Ich denke mir, dazu ist dieses Gremium nicht da.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Zurück zum Museum Arbeitswelt. Ich denke mir es wird dort gute Arbeit geleistet, ich bin froh, dass es das Museum gibt, auch in Hinblick auf Kulturhauptstadt usw. Was ich nicht verhehle ist, ich würde mir schon ganz gern wünschen, aber das ist vielleicht meine Privatgeschichte, wenn man mit ausländischen Gästen hingeht zu einer Ausstellung, „working-world-net“, Globalisierung, dass man auch auf Englisch etwas angeschrieben findet, was nicht der Fall war, da muss ich sagen, habe ich mich wirklich ein bisschen geniert, dass man da praktisch auch noch zum Dolmetschen anfangen muss als Besucher, weil das nicht auf Englisch dort steht. In Zeiten wie diesen muss das auf Englisch dort stehen, auf Französisch dort stehen, auf Italienisch und in anderen Sprachen auch.

Was mir aber wichtig ist, und da bitte ich auch den Kulturausschuss, nicht Kulturausschussvorsitzenden, den natürlich auch, aber auch den zuständigen Stadtrat, er hat einmal etwas sehr Schönes gesagt, auch medial, zum Thema wir brauchen einen Museumsverbund. Und den brauchen wir noch immer. Wir müssen schauen, dass die Kluft nicht immer noch größer wird, und sie wird leider immer größer, zwischen unserem Stadtmuseum, dem Innerberger Stadl und dem Museum Arbeitswelt. Auf der einen Seite geht überhaupt nichts weiter und es ist müßig darüber zu reden. Jeder der in der letzten Zeit in das Stadtmuseum gegangen ist der weiß, wie verstaubt und wie schlimm das dort ist und dass man eigentlich schon fast niemanden mehr hinschicken kann und da passiert eigentlich überhaupt nichts. Wenn man beschränkte Mittel zur Verfügung hat, dann denke ich mir dann muss man auch Prioritäten setzen und einen Teil der Förderung, die man jetzt z. B. hernimmt für das Museum Arbeitswelt, vielleicht abzuzwacken für den Innerberger Stadl. Umgekehrt wäre es mir lieber, eine Erhöhung der Gesamtsubvention. Aber ich frage mich, was ist eigentlich aus dem Thema Museumsverbund geworden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ein Dauerthema. Wir haben auch beim Budget das Museum Arbeitswelt oder den Betrag der im Budget vorgesehen ist heftig diskutiert und wir wissen, Andy Kupfer, du hast Recht, wenn man es auch nicht hören will, die Grünen und die SP-Fraktion sind seit jeher dafür gewesen und die ÖVP hat halt hie und da ein wenig gezaudert, ab und zu waren sie dafür, ab und zu waren sie nicht ganz dafür und jetzt sind sie wieder nicht dafür und die Position der Freiheitlichen war immer ganz klar, das war halt schon sehr ideologisch betrachtet. Von uns nicht. Es war nie ein Thema der Ideologie, sondern das war ein Thema wo Steyr prädestiniert ist, dass die Wurzeln der Arbeiterschaft im Museum Arbeitswelt seinerzeit, wie wir begonnen haben vor 20 Jahren, wo das dokumentiert werden hat müssen. Dass ein Museum in dieser Art aber auch leben muss, dass sich das verändert, so wie sich die Welt verändert, das ist klar. An dem wird es dort auch kein Vorbeikommen geben. Wenn da gesagt wird, der Verein soll selbstkritisch Bilanz ziehen über die 20

Jahre, ich bin nicht bei einem Verein, also ich sehe das wirklich da ganz offen, dann kann der Verein wirklich eine hervorragende Bilanz ziehen liebe Kolleginnen und Kollegen. 20 Jahre, kann man fast sagen, Erfolgsgeschichte MAW Steyr. Jetzt kann man schon sagen, die eine oder andere Ausstellung gefällt mir besser, die andere gefällt mir nicht so gut, das ist legitim, das ist halt so im Kulturgeschehen und da muss man das Museum Arbeitswelt auch dazu beitragen. Wenn ich z. B. die letzten Tage auf unseren Gang gehe, kann ich auch sagen, da ist nicht unbedingt gerade mein Geschmack der Kunst was da oben hängt, weil ich bekomme da Depressionen. Andere sagen, das baut mich auf, das ist super, das ist ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Bei Aktgemälden bekommst du Depressionen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das ist ja kein Akt, was dort draußen hängt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Aber zuerst waren Aktgemälde dort, ich habe geglaubt du meinst die.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, die jetzigen meine ich. Also da brauchst du keine Angst haben, dass ich da Depressionen bekommen würde.
Also, da kann man schon unterschiedlicher Meinung sein. Aber dass die Ausstellungen, die in diesem Zeitraum stattgefunden haben, eine Unzahl an Besuchern gehabt haben, und wenn es auch Jugendliche gewesen sind. Jetzt tun wir so, als wenn Schulkinder, Jugendliche nicht ins Museum gehen sollen. Sollen wir die ausschließen aus dem? Sind das vielleicht zweite Klasse von Besuchern?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Gerhard, du hörst schlecht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, ich höre nicht schlecht. Ich höre genau immer fein deine Zwischentöne. Die höre ich ganz genau.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Du hörst ja dann schon mehr als meine Frau.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Deine Frau hat sich wahrscheinlich schon so an dich gewöhnt und ich noch immer nicht. Das ist der Unterschied.

Ich glaube, dass das MAW wirklich eine hervorragende Arbeit in diesen 20 Jahren geleistet hat und ich glaube sogar sagen zu können, wenn wir das Museum Arbeitwelt nicht hätten, dann würden wir es heute erfinden. Aus anderer Sichtweise heraus, liebe Kolleginnen und Kollegen, was das Museum Arbeitswelt in dem Stadtteil Wehrgraben für die Revitalisierung dazu beigetragen hat, das ist enorm. Dort sind Gelder geflossen, dort sind viele gescheite Leute hinunter gekommen und haben den Wehrgraben gesehen und es hat aus dem Grund auch, nicht nur aus dem Grund, aber auch, eine äußerst positive Entwicklung dieses Stadtteiles gegeben. Darüber hinaus, was die Funktion des Museums Arbeitswelt inne hat, glaube ich ist es unbestreitbar. Jeder, egal wo man in Europa hinkommt bei diversen Veranstaltungen die einmal in Steyr im Wehrgraben im Museum Arbeitswelt dort gewesen sind bei einer Tagung, bei einem Kongress oder bei irgendwelchen anderen Veranstaltungen, sagen, das ist ein tolles Haus. Ich glaube so soll man das auch sehen und wir sollen das auch nicht schlecht machen.

Jetzt zur Subvention, 181.000,00 Euro, Natürlich haben wir oft diskutiert ob das zuviel ist, ob die 100.000, die 108.000 oder die 109.000 zuwenig oder zuviel sind. Da müssen wir uns auch wieder ein paar Jahre zurückerinnern warum sich eigentlich die Debatte so entwickelt hat. Weil sich nämlich der Bund aus seiner damaligen Höhe, ich sage nicht einmal Verantwortung sondern damaligen Höhe da weggestrichen hat und die Subvention für das Museum Arbeitswelt reduziert hat. Seit dem kämpfen

wir dort ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber jetzt bekommen wir sie wieder? Oder? Jetzt haben wir eh einen neuen Minister.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber der Finanzminister ist noch immer ein „Schwarzer“.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die Mehrheit haben wir auch nicht im Ministerrat. Wir sehen auch bei vielen anderen Dingen, das ist halt jetzt nicht Thema, dass es halt schwierig ist das abzuändern.

Dadurch ist das Geld beim Museum Arbeitwelt auch zuwenig geworden. Wenn wir aber auch jetzt die 180.000 in Relation sehen, dann ist es in Wirklichkeit, was dort geboten wird, wie das Haus geführt wird, ist es in Wirklichkeit ein Geschenk für die Stadt Steyr. Weil um den Betrag, wenn man sich nur ansehen würde wenn wir das Haus geschenkt bekommen würden, vom Verein, würde uns das ungleich mehr Geld für die Stadt kosten, weil wir könnten das Geschenk nicht einmal ablehnen. Wir können nur schön froh sein, wenn der Verein dort funktioniert, wenn der Verein diese Arbeit weiter macht und damit auch diese Aktivitäten dort in der Zukunft dementsprechend weiterbetrieben werden. Ich würde ersuchen und darum bitten, dass man die Haltung, heute wird sie sich nicht mehr ändern, weil wenn man einmal in der Öffentlichkeit gesagt hat man ist dagegen, dann ist man dagegen, das ist mir schon klar. Mir ist auch die Bedeutung im Kulturausschuss, die darf man nicht überbewerten. Es ist schon richtig, dass der Gemeinderat ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das war ein kleiner Versprecher, das habe ich nicht so gemeint. Ich habe nur gemeint, die Willensbildung in den Ausschüssen allgemein darf man da nicht so überbewerten, weil das haben wir in anderen Ausschüssen auch schon erlebt. Auch wir haben im Ausschuss schon eine Meinung gehabt, und haben dann im Gemeinderat eine andere bezogen. Ich glaube, das sollte man auch nicht auf die Waagschale legen. Ich würde wirklich darum ersuchen und würde an alle Fraktionen appellieren, schauen wir uns das Museum wirklich nüchtern an und stehen wir zu dem Museum. Es wäre schade, wenn das immer so ein politischer Spielball und ein Geplänkel wäre, sondern schauen wir, dass wir diese Einrichtung auch in der Zukunft in unserer Stadt aufrecht erhalten können. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster Redner ist GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion braucht sich eh nicht beim GR Kupfer rechtfertigen in welchem Ausschuss dass sie sich zu Wort meldet und in welchem nicht. Ich möchte aber die Bedeutung und die Wichtigkeit des Gemeinderates nicht der Wortmeldung und der Beurteilung des Herrn Kupfer einfach so überlassen, weil ich glaube, das höchste gewählte politische Gremium unserer schönen Stadt ist halt einmal der Gemeinderat und dort gehören die Diskussionen hin, dort wird letzten Endes entschieden und abgestimmt und das ist gut so und so soll es auch bleiben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das verstehe ich nicht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Im Kulturausschuss, lieber Freund Kupfer, ist es halt so, dass sich unserer Position dort ja in den letzten Jahren nicht verändert hat und wir haben keinen Anlass gesehen, dass wir dort unsere Argumente jedes Jahr erneuern und wiederholen müssen, wenn sich an der Sachlage nichts geändert hat. Es ist ja nicht so, wie es der Kollege Bremm gesagt hat, dass wir grundsätzlich immer dagegen waren, gegen alles, sondern wir haben gesagt, 100.000 Euro sind ein stattlicher Betrag. Wir haben auch diesen 100.000 Euro, oder ein bisschen mehr, zugestimmt. Man hat dann vollkommen

unbegründet, vor ein paar Jahren, auf 180.000 Euro erhöht. Man hat nämlich mit 109.000, meiner Meinung nach, bessere Ausstellungen gemacht wie mit 180.000 jetzt. Das hat auch mit Ideologie relativ wenig zu tun, ein bisschen mehr Ideologie würde uns manchmal eh nicht schaden, hat aber der Computer mit der Ideologie glaube ich sehr wenig zu tun, weil der Computer reißt wahrscheinlich keinen mehr vom Hocker und wird nicht die Besucher in großen Massen ins Museum Arbeitswelt hinunterlocken. Der Kollege Eichhübl hat es ja anhand der Besucherzahlen klar auf den Tisch gelegt, was sich dort abspielt. Für uns ist das im Großen und Ganzen eine große Geldvernichtungsanlage dort unten, die diese Beträge nicht wert ist. Der Kollege Lengauer hat immer im Kulturausschuss, das möchte ich schon auch heute wiederholen, das hat er sich glaube ich verdient, darauf hingewiesen, dass die Proportionen, das Verhältnis mit welchen Beträgen das Museum Arbeitswelt gesponsert wird und das Heimathaus in keinster Weise zusammenpassen. Es ist uns offensichtlich allen egal. Das hat nicht zusammengepasst und es passt nach wie vor nicht zusammen und daher werden wir auch der Subvention in dieser Höhe nicht zustimmen. Es hat aber in dem Fall mit Ideologie oder anderen Dingen oder Äußerungen im Kulturausschuss überhaupt nichts zu tun. Es ist zuviel, es passt nicht zusammen und zu dem stehen wir auch und die Freiheitliche GR-Fraktion, denen kann man glaube ich vielleicht manches vorwerfen, aber nicht, dass wir nicht zu unserer Meinung stehen. Lieber Kollege Kupfer, wir trauen uns das immer sagen und wir werden das auch in Zukunft sagen und wenn es neue Themen im Kulturausschuss gibt, unter dem neuen Vorsitzenden, werden wir dort auch unsere Meinung äußern, aber nicht zum x-ten Mal bei einer wieder aufgelegten Geschichte.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ideologische Schranken, da habe ich sogar Probleme, dass ich es ausspreche, zwischen Linke und Rechte. D. h., ich habe eine schwarz-weiß Sicht. Da gibt es hell und dunkel, links und rechts. Ein bisschen komisch ist es schon, noch dazu wenn es eine Eigendefinition ist, weil da möchte ich schon festhalten, heute, am 22. März 2007, ist eine klare Definition erfolgt, dass die Grünen Linke sind. Ich bitte, sich diese Aussage zu merken.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meinungsvielfalt sollte in einem Gemeinderat ein fixer Bestandteil sein und auch innerhalb einer Fraktion. Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Jeder unserer Mitglieder kann seine Meinung kund tun und tut sich kund. D. h., wenn ein Mitglied unserer Fraktion seine Meinung vertritt, dann ist es seine Meinung und dazu steht er und dazu soll er auch stehen. Wenn wir jetzt eine Auflistung der Zuschüsse seit Bestehen des Museums Arbeitswelt gefordert haben und bekommen eine seit 2001, dann fragt man sich schon, warum darf man nicht weiter in die Vergangenheit blicken. Immerhin seit 20 Jahren zahlen wir jährlich nicht unbeträchtliche Beträge dafür. Uns interessiert nach wie vor, was ist in diesen 20 Jahren in dieses Museum geflossen. Herr Bürgermeister, ich ersuche dich, dass wir diese Aufstellung bekommen.

Der Herr Vizebürgermeister Bremm hat eine Brandrede gehalten für das Museum und hat gesagt, die ÖVP ist derzeit nicht dafür. Ich möchte schon eines klar darstellen. Wir haben uns immer bekannt zu einer Grundförderung für dieses Museum. Wir haben nie in Abrede gestellt, dass wir diesen 109.000 Euro nicht zustimmen. Diesen 109.000 Euro stimmen wir auch zu. Wir haben allerdings schon beim Budgetgemeinderat gesagt, wir stimmen auch dem zusätzlichen Betrag zu, wenn man denselben Betrag für das Heimatmuseum hernimmt. Uns geht es um diese Schieflage. Uns geht es darum nicht zu sagen wir wollen kein Museum Arbeitswelt, sondern wir sagen ganz klar, es gibt außer diesem Museum Arbeitswelt auch ein Heimatmuseum. Hier geht es uns schon darum, dass das absolut stiefmütterlich behandelt wird. Wer immer in der letzten Zeit in diesem Museum war, der muss erkennen, dass da nicht wirklich Geldmittel hineinfließen, dass da nicht wirklich versucht wird tolle Ausstellungen zu machen. Dasselbe, lieber Kollege Bremm, was du angesprochen hast für das Museum Arbeitswelt, dass man da auch andere Ausstellungen braucht, dass man das aufbauen muss, dass das für die Region gut ist, warum gilt das nicht für das Heimatmuseum? Eine Akzeptanz

unter der Bevölkerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon ein gewisser Gradmesser auch, ob man auf den Nerv gelangt ist, ob man mit dem Thema recht hat oder nicht recht hat. D. h., so ganz zur Seite schieben möchte ich das nicht. Wenn wir uns die Zahlen von 2006 angehört haben, ich glaube, wir können auch durchaus 2005, 2004 anschauen, auch da liegen die Zahlen nicht viel anders.
Die Frage ist, ein tolles Haus, heißt das, wenn man ein tolles Haus hat braucht man nicht sparen? Heißt das, es spielt überhaupt keine Rolle? Veranstaltungsort, natürlich ist es klar, dass das Museum Arbeitwelt auch ein Veranstaltungsort ist, immerhin haben wir es glaube ich zum 5. Mal umgebaut. Nur trotz fünf Umbauten ist es noch immer nicht gelungen, eine vernünftige WC-Anlage dort unten einzubauen. Geht einmal auf einen Ball oder wenn eine größere Veranstaltung ist dort auf das WC. Das ist nach wie vor eine Katastrophe. D. h., für mich ist es als Veranstaltungsort nur bedingt nutzbar und verwendbar. Wenn ich wirklich der Meinung bin das ist ein Kongresszentrum, dann gehört es anders ausgestattet und dann sollte man das Geld auch Richtung Kongresszentrum laufen lassen und sich wirklich überlegen, wie viel Geld lässt man in dieses Museum fließen. Diese Frage haben sich ja nicht nur wir gestellt. Du hast angesprochen den Bund. Du hast schamhaft verschwiegen, dass natürlich auch der ÖGB und die Arbeiterkammer gesagt haben wir zahlen nicht mehr in diese Einrichtung. Warum hast du das nicht angeführt lieber Kollege? D. h., nicht nur wir diskutieren darüber ob es in dem Ausmaß notwendig ist oder ob es überhaupt notwendig ist, sondern diese Diskussion hat auch bei anderen Fördergebern stattgefunden. Jetzt nur zu sagen hier gibt es eine ideologische Schranke zwischen links und rechts und die einen bekennen sich nicht dazu und wollen das nicht, ich glaube das ist sehr einfach und trifft auf jeden Fall nicht des Pudels Kern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schlusswort bitte, oder auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Ich möchte eigentlich kein Schlusswort mehr halten, weil das ist im Gemeinderatsprotokoll 2004 nachzulesen, da war dasselbe Theater wie es jetzt ist, das muss ich wirklich sagen. Um kurz ein paar Worte dazu zu sagen, von den Subventionen als solche, die Arbeiterkammer zahlt sie, selbstverständlich, der ÖGB hat eigentlich nie wirklich gezahlt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber sie haben auch gekürzt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Die Grundkürzung als solche, und warum es dann auf € 181.000,-- gekommen ist, das ist an und für sich schon angesprochen worden, weil der Bund sich wirklich – aus welchen Gründen auch immer – zurückgezogen hat. Grundsätzlich muss man schon eines dazu sagen, diese Subventionen, die in das Museum Arbeitswelt hineinfließen, sowohl vom Bund, vom Land und auch von der Stadt, die kann man nicht getrennt voneinander sehen, sondern die sind von einander abhängig. In welcher Höhe und in welchem Umfang hier diese Subventionen fließen, dazu sind entsprechende Verträge gemacht worden, wie es auch schon angesprochen worden ist, im Moment bis 2009, praktisch im Rahmen dieser Legislaturperiode und da sind an sich die Subventionshöhen entsprechend abgestimmt. Als solches einfach zu sagen, ja das ist ein Museum, das ist schon Recht, der Hauptgrund warum z. B. vom Bund Geld kommt, liegt darin, dass das eigentlich das einzige Haus ist, wo wirklich sehr konzentriert einem Bildungsauftrag nachgekommen wird, wo hier wirklich von entsprechenden Pädagogen die „nichtgeliebten“ Schülerinnen und Schüler, die da unten gehen, die im Jahr so an die 25.000 sind, für die vergangene Arbeitswelt und jetzt in weiterer Folge mit der neuen Ausstellung, für die ganzen Problematiken, die sich aufgrund der Neuentwicklung der Arbeitswelt auf den einzelnen Menschen hinzubewegen, eben auch entsprechend geschult und unterrichtet werden. Jetzt nicht nur in Museumsvorträgen, sondern ich denke unter anderem jetzt auch an die Kinder-Uni, die dort auch stattfindet, wo diese Einrichtung eben entsprechend genützt und verwendet wird. In Summe sind ungefähr – weil du Gunter so gesagt hast, so zu 2004 hin – sind etwa in der Gesamtsumme im Schnitt so 50.000 Leute pro Jahr, die das Museum besuchen, inklusive den Veranstaltungen, die drinnen sind. Also, ich kann an sich nicht sagen, dass sich dort unten eigentlich im Großen und Ganzen nichts abspielt, sondern ich denke, dass in diesem Museum wirklich Bewegung drinnen ist. Die Aufrechnung gegenüber dem Heimathaus, finde ich ausgesprochen unfair, weil kein Mensch sagt, das Heimathaus ist für uns kein Thema, sondern das ist sehr wohl ein Thema. Diesen Begriff des Museumsverbundes zu bringen, ist an sich schon okay und das wird auch die einzige Zukunft, aus meiner Sicht, für beide Häuser sein, wenn die wirklich

überleben und existieren wollen. Nur ist das natürlich auch mit entsprechendem Personal verbunden. Das ist verbunden mit dem Personal, das jetzt da ist und ist auch verbunden mit dem Personal, das schlussendlich dann diesen Museumsverbund bzw. diese Häuser entsprechend beleben, gestalten und auch führen, lenken und leiten soll. Ich denke, dass da wirklich eine große Aufgabe auf den Gemeinderat zukommt, dies dann entsprechend zu gestalten. Das wird sicherlich nicht von heute auf morgen gehen, sondern das wird ein langwieriger Prozess sein, dass man das auch entsprechend zustande bringt. Ich wünsche da wirklich der Stadt Steyr, dass das auch in den nächsten Jahren einmal gelingt, dass da wirklich entsprechende museale Einrichtungen, mit entsprechendem pädagogischen Background existieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Also, wir sind durchaus stolz auf unser Museum Arbeitswelt und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt und für diese Subventionshöhe in der Größenordnung von € 181.000,--, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der StR Wilhelm Hauser.

BE:STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. Sie haben eine Amtsbericht vor sich liegen und auch den Entwurf eines Erdgasliefervertrages für die Neufassung für den Zeitraum 2007 bis 2010. Ich möchte Ihnen ein paar Verbesserungen, die hier kommen und dadurch den Einkauf des Erdgases günstiger machen, näher bringen. Bisher hatten wir eine Liefermenge von 29 Mio. m³, ab sofort sollen es dann 21 Mio. m³ sein, das ist eine Reduktion um ca. 27 % gegenüber dem vorhergehenden Erdgasliefervertrag. Weiters ist es so, dass wir auch eine Senkung im Lieferumfang haben, bezüglich der Maximalwerte pro kWh und es ist vor allen Dingen auch etwas drinnen, dass es eine Veränderung der Liefermenge quartalsmäßig gibt, sofern der Kunde also weniger benötigt und diese Liefermenge dem Lieferanten bekannt gibt. Bisher war es so, dass in dem Liefervertrag drinnen gestanden ist, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommen muss. In der Zukunft bestimmen also wir, ob die Mengen geringer werden oder nicht. Bei der Bereitstellung ist es so, dass wir trotz geringerer Liefermengen günstiger werden und dass es vor allen Dingen auch so ist, dass wir so wie es ursprünglich vorgesehen war, einer Bilanzgruppe beitreten müssten, die dieser EconGas angehört, dass dies nicht gefordert wird. Außerdem gibt es eine sogenannte Nebenabsprache, dass wenn ein großer Kunde sozusagen vom Lieferanten, den wir haben, abgeworben wird und ihm unter dem Einkaufspreis anbietet, den er uns anbietet, dann haben wir die Möglichkeit, auch frühzeitig aus dem Vertrag auszusteigen. Dieser neue Vertrag bringt also ein jährliches Einsparungsvolumen von ca. € 250.000,--.

10) Stw-11/07 Städt. Gaswerk – Erdgasliefervertrag; Neufassung für Zeitraum 2007 bis 2010.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14.02.2007 wird der Neufassung eines Erdgasliefervertrages für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2010 mit der Firma EconGas GmbH, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien, zugestimmt.

Ich ersuche, diesem neuen Erdgasliefervertrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ja bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadtwerke Zustimmung zu diesem Erdgasliefervertrag neu signalisiert und zwar deswegen, weil das zumindest ein Lichtstreif am Horizont ist, um die immer schlechter werdende Ertragslage beim Gasgeschäft zu stabilisieren, aber vielleicht sogar auch etwas zu verbessern. Wer aber glaubt, dass die grundsätzlichen finanziellen Probleme des Betriebeverbundes Gas und Verkehr damit gelöst sind, der irrt gewaltig, denn nach wie vor, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es so sein – im Vergleich zu den letzten Jahren gesprochen – dass wesentlich geringere Einnahmen beim Erdgasgeschäft immer höheren Ausgaben im Verkehrsbetrieb gegenüberstehen werden. Ich möchte schon auch noch ein Wort dazu sagen,

obwohl ich das bereits mehrmals vor diesem Gremium und auch im Ausschuss gesagt habe, was die Hintergründe sind, warum man eine derart schlechte Ertragslage in den letzten Jahren im Gaswerk hinnehmen hat müssen. Das ist die Liberalisierung des Gasmarktes. Sie wissen alle, dass hier unter Minister Bartenstein die sogenannte E-Control eingerichtet wurde, die sehr massiv in das Gasgeschehen eingreift und nach Möglichkeit die Zukunft so sieht, dass nur mehr private Gasanbieter den Markt beherrschen. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte man auch wieder einmal deutlich in Erinnerung rufen, wenn man auf die Frage antwortet, wem nützt denn das? Das nützt in erster Linie der E-Control, denn die hat jährlich einen Millionenaufwand abzudecken und nützt vor allen Dingen den großen Abnehmern, aber am allerwenigsten den Einzelabnehmern und den Abnehmern im kleineren Bereich, denn die müssen nämlich die Preisdifferenz immer wieder schlucken. Allerdings ist schon eines einschränkend noch zu sagen, zu diesem neuen Erdgasliefervertrag, dass es künftig nur durch die Einrichtung – es wurde kurz vom Referenten angesprochen – einer eigenen Bilanzgruppe möglich sein wird, günstig das Gas einzukaufen. Das ist ähnlich wie bei einer Börse zu sehen und derzeit fehlt das „Know-how“ und vor allen Dingen fehlt auch das Personal und wenn man das umsetzt, dann bedeutet das natürlich auch ein weiteres Risiko für die Stadtwerke, das sollte man auch sehr deutlich hier vor diesem Gemeinderat sagen. Die Nebenabrede in dem Vertrag, bezüglich der Abwerbung unseres Vertragspartners von Kunden, die jetzt die Stadtwerke betreuen, die, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eigentlich nur eine Willensäußerung und ist rechtlich absolut nicht durchsetzbar, das sei nur am Rande bemerkt. Im Großen und Ganzen aber wie gesagt ein Lichtblick am Horizont einer eventuellen Verbesserung der Situation im Vertriebeverbund Gas und Verkehr und deswegen vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Wie der Herr Kollege Eichhübl das schon vorweg genommen hat, ist es natürlich so, dass wir in diese Situation gekommen sind, die nicht wir heraufbeschworen haben, sondern die uns letztlich aufoktroyiert wurde, einerseits durch die Gasliberalisierung und andererseits natürlich durch andere Maßnahmen der Reglementierung, die sozusagen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hier eingeführt wurden, mit der E-Control. Die andere Seite ist, was der Herr Eichhübl hier angesprochen hat, wie die eigene Bilanzgruppe zu gründen, wo wir uns natürlich bewusst sind, dass das ein gewisses Risiko mit sich bringt, aber das Risiko hat jeder Gaseinkäufer und jeder Gashändler. Wenn wir aber auf der anderen Seite sozusagen Gas zum günstigeren Preis einkaufen wollen und damit Gas auch zum günstigeren Preis anbieten wollen, dann werden wir uns wahrscheinlich auf diese Möglichkeit einlassen müssen. Wir haben uns mittlerweile schon Ried angesehen, wo das schon etwa ein Jahr praktiziert wird und die jetzt ca. um die Hälfte kleiner sind im Gasvolumen als unser Gaswerk und jetzt versuchen, sich diesen Dingen anzunähern, auf der anderen Seite wird es natürlich notwendig sein, jemanden hinzustellen, der dieses Know-how auch umsetzt und der dieses Gaseinkaufsgeschäft sozusagen auch abwickelt, indem er diese Dinge ständig beobachtet und tut. Wenn uns das gelingen sollte, dann würde sich diese Arbeitskraft dann von selbst rechnen. Das würde bedeuten, dass wir sozusagen günstigeres Gasgeschäft anbieten könnten, bessere Geschäfte machen würden, um wieder mehr Defizite aus dem öffentlichen Verkehr damit abdecken zu können. In diesem Sinne ersuche ich, dies einmal als Ausblick zur Kenntnis zu nehmen, aber dem Gasliefervertrag, der heute hier zur Beschlussfassung vorliegt, die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die nächsten Tagesordnungspunkte befassen sich alle mit Bebauungsplänen, hier in der Staffelung Neuerstellung oder Verlängerung. Zur Erinnerung, ein Bebauungsplan regelt die Art und Weise wie in einem Gebiet, in einem klar definierten räumlich abgegrenzten Gebiet gebaut werden kann. Alle diese Anträge haben eines gemeinsam, dass man als Zielrichtung eine geordnete Verbauung möchte, in der Regel wird eine vordere und hintere Baufluchtlinie angegeben, auch eine Höhenentwicklung wird genau definiert. Es gibt hingegen keine Eingrenzungen mehr, die einen Baustil oder auch eine Dachrichtung usw. beinhalten. Damit ist eine zeitgemäße, moderne Bebauung möglich, auch wird sogar in Einfamilienhaussiedlungen darauf

Rücksicht genommen, dass Zubauten oder Erweiterungsbauten so ermöglicht werden, dass auch 2 Familien hier durchaus in Häusern wohnen können und das in einer großräumigen Art und Weise. Der erste Bebauungsplan, sogenannte Nr. 72 - Staffelmayr, ist eine Neuerstellung und bezieht sich auf das Gebiet oberhalb des Landeskrankenhauses. Hier wird eine neue Siedlung entstehen, eine Verbindung zwischen Einfamilienhaus-, aus Reihenhausanlagen und Mehrfamilienhäusern.

11) BauGru-59/05 Bebauungsplan Nr. 72 – Staffelmayr – Neuerstellung.

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 72 - Staffelmayr – entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 30.01.2006 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 16.01.2007 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Ich hätte nur einen Vorschlag, Gunter. Wenn wir über solche Themen wie Bebauungspläne oder Neuplanungsgebiete in diesem Kreis reden, dann haben wir für diesen Zweck auch vorgesehen, dass wir da eine Wand haben, wo man diese Pläne an die Wand wirft, damit wirklich jeder weiß, wo ist denn das und um welche Bereiche handelt es sich. Ich sage, in dem Fall wissen vielleicht sehr viele, wo das genau ist, aber es gibt sehr viele Bereiche in Steyr, die nicht so bekannt sind. Darum hätte ich vorgeschlagen, in Zukunft diese Anträge grundsätzlich bildlich darzustellen, zu dem haben wir diese Einrichtung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke, selbstverständlich Herr Bürgermeister, wir werden das beim nächsten Mal so einfließen lassen. Wie ich vernommen habe, liegen für das nächste Mal bereits neun neue vor, das heißt, die werden wir bereits mit unserer neuen Technologie präsentieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? 3 – Grüne. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hier geht es um den Bebauungsplan Schlühslmayr – Neuerstellung. Hier darf ich ergänzen – in Ermangelung eines Planes – hier geht es um das Kerngebiet der Schlühslmayrsiedlung. Wenn man also das Hochhaus, oder das mehrstöckige Haus in der Schlühslmayrsiedlung sieht, das was sich hier in unmittelbarem Umkreis befindet. Wir haben später einen weiteren Bebauungsplan, der bezieht sich auf den Bereich Hofergraben, aber der auf das Kerngebiet und hier geht es ebenfalls um eine Neuerstellung. Es wurde im seinerzeitigen Bebauungsplan eine anbaupflichtige Bauweise vorgesehen, das heißt das Zusammenbauen von Häusern. Es hat sich herausgestellt, dass das nicht mehr dem Zeitgeist entspricht und die Grundstücke konnten daher auch nicht veräußert und damit verbaut werden. Jetzt versucht man eine zeitadäquate Lösung zu finden und die ist mit diesem Bebauungsplan auch geschehen.

12) BauGru-50/05 Bebauungsplan Nr. 69 – Schlühslmayr; Neuerstellung.

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 69 – Schlühslmayr – entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 16.01.2006 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 08.01. 2007 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich muss dazu sagen, das ist genau der Bereich, wo ich auch zuhause bin und die Pläne sind schon seit 1972 existent und natürlich hat es da eine Veränderung geben müssen. Diese gemeinsame Feuermauer ist eine sehr ungünstige Bauweise.
Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hier geht es um die erste Verlängerung und zwar über das Neuplanungsgebiet Nr. 6, den sogenannten Tabor Süd. Das beinhaltet den Bereich Kasernenareal, geht vom Taborknoten bis zur Kreuzung Michael-Blümelhuber-Straße, Posthofstraße. Wie Sie wissen, gibt es die verschiedensten Überlegungen, auch von Interessenten, für dieses Gebiet, das heißt, wir ersuchen um Verlängerung,

um auch hier die Möglichkeit zu haben, alle Interessen, die auch mit unseren Zielen übereinstimmen, einfließen zu lassen.

13) BauGru-56/04 Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd; 1. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 1. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 6 – Tabor-Süd beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom …….

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 18.10.2004 bezeichnete und in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.03.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd – wird gemäß § 45 Abs. 5 i.V.m. § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 1. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 18.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Planungsgebiet wird im Süden und Osten durch die zum Ennsfluss abfallende Geländekante, im Westen durch landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen an der Hangkante zur Knoglergründebebauung und im Norden durch den dichter bebauten Teil des Stadtteiles Tabor begrenzt. bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes wird das von der Stadt Steyr an die Arch. Medek/Nehrer in Auftrag gegebene Nutzungskonzept in Form einer Bebauungsplanung umgesetzt. Als Basis hiefür dient die dem Akt beiliegende städtebauliche Studie Bebauungsstruktur Variante 3 der Arch. Medek/Nehrer & Partner.
3. Im Bereich der kleinstrukturierten Wohnhausbebauung entlang der Michael-Blümelhuber-Straße bleiben die bestehenden Baufluchtlinien des rechtsgültigen Bebauungsplanes unverändert. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse darf zwei Vollgeschosse nicht übersteigen. Der Einfamilienhauscharakter muss erhalten bleiben.
4. Im Bereich der Geschosswohnbauten östlich der Achse Posthofstraße – Gottfried-Koller-Gasse darf keine weitere Verdichtung durch Bebauung stattfinden. Die maximal zulässige Anzahl der Geschosse ist dem vorherrschenden Bestand gleichzusetzen. Die Baufluchtlinien müssen den Gebäudefassaden gleichgesetzt werden.
5. Im Bereich der Geschosswohnbauten westlich entlang der F.D. Roosevelt-Straße darf keine zusätzliche Neubebauung stattfinden, jedoch durch Aufstockungen von Gebäuden eine Nutzflächenerweiterung ermöglicht werden. Die Baufluchtlinien müssen den Gebäudefassaden gleichgesetzt werden.
6. Im Bereich der Geschäftsbauten und Gewerbebetriebe im westlichen Bereich des Planungsgebietes ist eine etwaige zusätzliche Bebauung mit Gewerbebetrieben und Geschäftsbauten und somit deren Eingrenzung durch Baufluchtlinien auf das zukünftige Straßenprojekt der B 122 bzw. Wolfernstraße abzustimmen. Gebäudehöhen sind dem umliegenden Bestand anzugleichen.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Neuplanungsgebiet, da ist es immer wichtig, dass es Ziele gibt und diese Ziele sind da beschrieben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich muss dazu sagen, dass diese Ziele, die man so in Neuplanungsgebiete hineinschreibt, natürlich den Sinn haben, entsprechende Bebauungen in Zukunft abzusichern. Trotzdem soll man in Zukunft immer darauf Bedacht nehmen, dass solche Ziele auch wesentliche Einschränkungen bedeuten können, sodass irgendein Bauwerber auftreten könnte, der eine Änderung haben möchte, die dann schwerlich durchzusetzen ist. Wir kennen solche Beispiele aus der Vergangenheit, darum sollte man sich diese Ziele sehr genau anschauen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die Ziele gehen davon aus, dass die Umliegenden, die Nachbarn, einen gewissen Schutz haben sollen, vor Neubauten, und dass diese Neubauten nicht ein Schaden für die jetzt dort ansässige Bevölkerung sein sollen. Hier bin ich schon der Meinung, dass dieser Schutz Vorrang hat vor neuen Überlegungen. Wir haben auch in der Vergangenheit den Spielraum immer so groß gelassen, dass es Möglichkeiten gibt, auch auf Interessen – soweit sie sinnvoll sind – einzugehen und es besteht ja auch die Möglichkeit, dass man im Einzelfall Ausnahmen von einem Bebauungsplan genehmigt, dafür ist ein Beschluss des Gemeinderates notwendig. Damit, glaube ich, haben wir kein Problem.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut. Wir kommen zur Abstimmung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Entschuldigung, eine Wortmeldung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich möchte das Thema, das du angerissen hast, schon kurz aufgreifen, weil ich mir denke, die Diskussion kommt früher oder später doch auf uns zu. Wir haben jetzt schon seit einigen Jahren diesen Bebauungsplan, den wir damals im Gemeinderat beschlossen haben und der von Medek/Nehrer damals gemacht worden ist, der jetzt ja die Grundlage für diese Verhandlungen ist, die – so nehme ich einmal an – der Herr Bürgermeister mit möglichen Investoren führt. Da wird es halt schon die eine oder andere Diskussion geben und das hat man ja auch den Medien entnommen, dass die Wünsche der Investoren sich nicht unbedingt mit diesen decken, die im Bebauungsplan drinnen stehen. Wie es der Kollege Mayrhofer angesprochen hat, denke ich mir auch, dass das schon sehr wichtig ist, dass wir diese Ziele, die wir hier im Gemeinderat mit diesem Beschluss festlegen, dass die auch verfolgt werden. Weil es geht einerseits um den Schutz der Bevölkerung, aber nicht nur, sondern auch um eine Entwicklung, die wir uns in diesem Stadtteil wünschen. Ich denke mir, das ist damals sehr genau untersucht worden und wer den Vorschlag kennt, der weiß, dass er ein sehr guter ist, dass er ein sehr schonender ist, der auch für die Entwicklung der Stadt, was den öffentlichen Raum betrifft, sehr vorausschauend ist, sprich die Erweiterung von der Stadthalle, die Möglichkeit dort eine neue Feuerwehr anzusiedeln, mit Platzstrukturen, Grünraum, aber auch natürlich für Gewerbe und Wohnen. Ich denke mir, das ist eine gute Grundlage und ich würde dich, geschätzter Bürgermeister, auch bitten, bei den Verhandlungen das auch so weiterzugeben, dass es der Stadt schon wichtig ist, dass wir dort eine Entwicklung haben wollen, kein Einkaufszentrum oder einen Turm oder was auch immer, sondern eine doch sehr schonende und diesem Bebauungsplan entsprechende Entwicklung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Bei allem Verständnis, bei aller Notwendigkeit, Wichtigkeit, dass die Stadt schon sagt, in welche

Richtung es gehen soll, aber es soll auch realistisch sein und es sollte nicht dazu beitragen, wenn wir jetzt diese Beschlüsse fassen, ob Bebauungsplan oder Neuplanungsgebiet, es muss uns im Gemeinderat auch bewusst sein, dass es auch Korrekturen geben kann und auch Korrekturen geben muss. Es kann nicht sein, dass wir überall Idealziele formulieren und damit erreichen, dass wir ein unattraktiver Standort für mögliche Investoren werden. Also, das müssen wir auch kritisch im Auge behalten, weil Architekten planen natürlich nach Idealvorstellungen und da muss aber schon möglich sein, dass wir korrigierend einschreiten. Es ist eh möglich, aber man muss das im Vorfeld auch schon sagen, alles was wir da beschließen, auch die Ziele die wir formulieren, es muss dann aber auch die Debatte möglich sein, dass wir Korrekturen vornehmen. Du hast es eh angeschnitten, da erleben wir es gerade, in ein paar Bereichen erleben wir es nämlich gerade, dass es schön wäre, in einer hellen Welt zu wohnen, aber es ist unmöglich, dass Steyr für Investoren unattraktiv wird, dass sie sagen da ist alles so beschwerlich und das baue ich dort nicht und das ist in keinster Weise wirtschaftlich umzusetzen. Aber wir haben dann dort eine „Gstätten“ und verändern und bewegen dort nichts mehr. Also diese Gefahren beinhalten solche Entwicklungen auch, die muss man auch kritisch betrachten und auf das muss man auch Bedacht nehmen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich möchte das jetzt noch einmal aufgreifen, das ist schon eine wichtige Diskussion. Du hast ja auch angesprochen, was ein bisschen in der Luft liegt. Ich denke mir auch, dass es die Möglichkeiten geben muss für Abänderungen was die Details betrifft, aber dieser Bebauungsplan ist ja nicht irgendwie entstanden, oder ist ja nicht von irgendeinem wildgewordenen Architektenteam entstanden, der ist ja in Zusammenarbeit mit der Stadt entstanden, mit unserer Bauabteilung, mit unserer Stadtplanungsabteilung und ist ja auch in den Ausschüssen mehrmals diskutiert worden. Ich bin mir sicher, einige können sich noch erinnern, wie das Konzept vorgestellt worden ist. Ich denke mir, über die Details muss man immer reden können, aber was schon sehr zentral ist, sind die Nutzungen die wir festlegen. Das heißt, dass wir dort über Wohnen, über Büroflächen reden, dass wir über öffentliche Nutzungen reden. Wenn das beibehalten wird, dann denke ich mir, kein Problem, dann kann man darüber diskutieren, aber wenn es dann in die Richtung geht, andere Nutzungen dort anzudenken, da bin ich schon sehr vorsichtig und da denke ich mir, ist es schon wichtig, dass wir diesen Beschluss heute fällen und dass wir auch dem Bürgermeister den Auftrag geben, nach diesem Beschluss zu verhandeln. Nicht dass wir in einem Jahr eine andere Diskussion haben und das so null und nichtig ist, weil der Bürgermeister sich dort ein Einkaufszentrum wünscht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, du kannst von dem ausgehen, dass dort nicht irgendwelche Einkaufszentren entstehen, mit einer Riesendimension. Nur, man muss auf der einen Seite sehen, gibt es ja Architekten – und das ist eh schon erklärt worden, der hat natürlich städteplanerische Vorstellungen, wie so etwas in Zukunft aussehen soll und das ist bei uns auch vorgestellt worden. Wir haben auch darüber diskutiert und haben gesagt, das ist ein guter Vorschlag. Jetzt gibt es auf der anderen Seite natürlich auch wirtschaftliche Interessen und das muss man ganz klar sehen, dass sich diese zwei Themen irgendwo treffen müssen. Da kann es durchaus sein, und die Möglichkeit gibt es ja und die wollen wir uns auch offen lassen, dass wir Kompromisse schließen, die für die Stadt sinnvoll sind. Weil eines kann es nicht sein, dass wir dort einen Beschluss für eine Bebauung machen und dann rührt sich dort 30 Jahre nichts. Dann haben wir nämlich auch nichts gekonnt, das muss man auch ganz klar dazu sagen. Wir sollen dort auch eine vernünftige Bebauung zulassen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Bevor etwas Falsches passiert!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, es soll nichts Falsches passieren, das ist überhaupt keine Diskussion und man soll das auch sehr ernst nehmen, überhaupt keine Frage, aber man soll dort auch eine Entwicklung fördern, die so ausschaut, dass dort etwas entsteht und nicht dass dort nichts entsteht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Entschuldigung, Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Diskussion ist und ich freue mich, dass sie hier im Gemeinderat stattfindet. Der Bebauungsplan geht nämlich schon ein bisschen weiter, der beschäftigt sich mit einem Gebiet, nicht nur mit der Art der Architektur und die Art der Verbauung, sondern vor allem auch, was verträgt ein Grundstück, was verträgt ein Stadtteil an Verbauung. Es versucht das Verkehrsaufkommen zu berücksichtigen, die Verkehrsflüsse, sowohl des motorisierten Verkehrs als auch des Personenverkehrs, das heißt, es ist eigentlich ein umfassendes Konzept. Das ist auch der Grund, warum wir das nicht selbst als Gemeinderäte erstellen, sondern uns hier wirklich Fachleute bedienen, die uns Vorschläge präsentieren. Dass bei jedem Neubau wirtschaftliche Überlegungen dahinterstehen, das ist vollkommen klar, aber ich glaube, gerade darum hat der Gesetzgeber das auch regulativ eingegeben, dass man gesagt hat, es kann nicht jeder bauen wie er will, sondern dazu gibt es ein Gremium, das entscheidet in welcher Art und Weise. Es kann nicht sein, dass nur weil jemand von seinen Preisvorstellungen überhaupt nicht abweichen möchte und sagt, ich will diesen Preis erzielen und es gibt zwar Interessenten, aber die Interessenten sagen, mich würde das Grundstück interessieren, ich könnte mir auch die Verbauung vorstellen, nur um diesen Preis geht das nicht, das geht sich nicht aus; ich glaube auch hier muss es eine Beweglichkeit vonseiten des Verkäufers geben und das darf nicht – und dazu bekenne ich mich wirklich – nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden. Wenn ich in der unmittelbaren Umgebung dreigeschossige Häuser habe und dann überlegt man vollen Ernstes ob man dort nicht einen Turm mit 28 Stockwerken hingibt, oder auf einmal ein Einkaufszentrum, dessen Verkehrsaufkommen die ganze Umgebung beeinträchtigt, da glaube ich schon, dass wir ein Regulativ bieten müssen und das haben wir mit einem Bebauungsplan.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Punkt 13, Neuplanungsgebiet Tabor Süd, 1. Verlängerung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt geht um den Bebauungsplan, Neuplanungsgebiet Nr. 7 – Schlühslmayr. Das ist der angesprochene Bereich, der praktisch den Hofergraben entlanggeht, praktisch am Fuße der derzeitigen Schlühslmayrsiedlung und auch hier wird versucht, von einer ursprünglichen Bebauung auf eine zeitgemäße Bebauung abzugehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ähnlich wie der 1., Schlühslmayr?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja.

14) Bau Gru-57/04 Neuplanungsgebiet Nr. 7 – Schlühslmayr; 1. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 1. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 7 – Schlühslmayr – beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom …….

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 18.10.2004 bezeichnete und in der Sitzung vom Gemeinderat vom 10.03.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 7 – Schlühslmayr – wird gemäß § 45 Abs. 5 i.V.m. § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 1. Verlängerung verordnet:
I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 18.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet umfasst im Wesentlichen den bestehenden Bereich der Schlühslmayrsiedlung, d. h. die erhöht gelegene Geländeterrasse zwischen den Gerinneeinschnitten des Teufelsbaches und des Lohnsiedelbaches. Im nördlichen Bereich reicht das Gebiet bis/über die Aschacher Straße, im westlichen und südwestlichen Bereich wird es durch die Gemeindegrenze zu Garsten begrenzt. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Die Baufluchtlinien der rechtsgültigen Bebauungspläne werden übernommen. Baufluchtlinien in Bereichen außerhalb von rechtskräftigen Bebauungsplänen: Zukünftige straßenseitige Baufluchtlinien (vordere Bauflucht) sind in den Baufluchten des straßenbegleitenden Baubestandes gleichzusetzen und sind anbaupflichtig. Die hinteren Baufluchtlinien (im Bereich der den Straßen abgewandten Grünflächen) werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der vorderen Baufluchtlinie, festgesetzt.
3. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit einem Vollgeschoss und aufgesetztem Dachgeschoss begrenzt.
4. Die Geschossflächenanzahl darf 0,35 nicht übersteigen. Ausnahme: Auf den Grundstücken mit den Nummern 53/12 und 53/9, KG Christkindl, darf keine zusätzliche Erweiterung durch Hauptgebäude stattfinden.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt geht um ein Einfamilienhaussiedlungsgebiet und zwar Gründberg. Wir alle kennen dieses Gebiet, was westlich des Landeskrankenhauses liegt. Das ist eine sehr geschlossene Einfamilienhausstruktur. Die Häuser sind alle so ziemlich in der selben Zeitspanne entstanden. Wir haben dort bisher keinen Bebauungsplan gehabt und wir sehen es an zwei, drei Objekten, was es bedeutet, wenn jemand das OÖ. Baurecht bis zum Letzten ausreizt. Das sind wirklich Bauten, die komplett herausstechen, die von der Höhenentwicklung, von der Art der Bebauung für die direkt angrenzenden Nachbarn eine gewaltige Beeinträchtigung mit sich bringen und darum wurde ein Bebauungsplan gemacht, der sowohl die Höhenentwicklung und die vorderen und hinteren Baufluchtlinien vorgibt und eine Dichte von 0,35, die nicht überschritten werden sollte.

15) BauGru-61/04 Neuplanungsgebiet Nr. 8 – Gründberg; 1. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 8 – Gründberg – 1. Verlängerung – beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Das vom Gemeinderat am 10.03.2005 gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 8 – Gründberg – wird entsprechend dem Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 19.10.2004 gemäß § 45 Abs. 5 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 55/1994 idgF. um ein Jahr verlängert.

I.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 19.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Entsprechend den Planunterlagen wird das Planungsgebiet im Osten von der bestehenden Bebauung des LKH Steyr und dem Krankenhaus-Parkdeck, im Süden vom bestehenden Hangabbruch zur Steyr, im Westen vom Reindlbach, im Norden von der Hangkante zwischen bestehender Bebauung Reindlgutstraße, Mayrpeterweg und Kleingartenanlage-Gärtnerei Mursch sowie der bestehenden Bebauung im Bereich des Gasthauses Mayrpeter begrenzt. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Zukünftige straßenseitige Baufluchtlinien sind den Baufluchten des straßenbegleitenden Baubestandes gleichzusetzen. Die hinteren Baufluchten (im Bereich der den Straßen abgewandten Grünflächen) werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen.
3. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse darf zwei Vollgeschosse nicht übersteigen.
4. Die Geschossflächenzahl im Planungsgebiet darf 0,35 nicht übersteigen, ausgenommen davon sind die Liegenschaften mit den Grundstücknummern 1245/91 und 92, 1245/.123 - .125, .203, .205 und .347, alle KG Föhrenschacherl, bzw. der Bereich zwischen alter und neuer Sierninger Straße. In diesen Bereichen ist eine maximale Geschossflächenzahl von 0,7 zulässig.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung, LGBL. Nr. 66/1994 idgF., kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt bezieht sich auf das Gebiet Reichenschwall, Neuplanungsgebiet Nr. 9. Es liegt zwischen der Krakowitzerstraße, das ist jene Straße, an der unsere Volkshochschule liegt und geht dann westlich bis zum Leitenweg Richtung Gemeindegebiet Garsten. Auch hier hatten wir ein sehr homogenes Einfamilienhausgebiet, was geprägt ist von Einfamilienhäusern mit Gärten davor.

16) BauGru-65/04 Neuplanungsgebiet Nr. 9 – Reichenschwall Mitte/Süd; 1. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 1. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 9 – Reichenschwall Mitte/Süd - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom ……

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 31.10.2004 bezeichnete und in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.03.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 9 – Reichenschwall Mitte/Süd – wird gemäß § 45 Abs. 5 i.V.m. § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 1. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 31.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet liegt zwischen der Krakowitzerstraße im Norden und dem Leitenweg im Süden. Die östliche Begrenzung bildet die Leopold-Werndl-Straße, die westliche Begrenzung bildet die Stelzhamerstraße. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Zukünftige straßenseitige Baufluchtlinien sind den Baufluchtlinien des straßenbegleitenden Baubestandes gleichzusetzen und sind anbauverbindlich. Die hinteren Baufluchtlinien (im Bereich der den Straßen abgewandten Grünflächen) werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen.
3. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit zwei Vollgeschossen zu begrenzen.
4. Die Geschossflächenzahl in den von Einfamilienhausbebauung geprägten Bereichen darf 0,35 nicht übersteigen. Bei bebauten Grundstücken mit einer errechneten GZF von mehr als 0,35 dürfen keine Erweiterungen vorgenommen werden. Ausnahme: Beim Gewerbebetrieb im Süden des Planungsgebietes darf eine GFZ von 0,6 nicht überschritten werden.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen. Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt betrifft die Stelzhamerstraße, das Neuplanungsgebiet Nr. 10. Es erstreckt sich von der Aschacher Straße bis zur Garstner Gemeindegrenze im Süden. Hier haben wir die Stelzhamerstraße vom Leitenweg bis zur Hangbebauung an der Stelzhamerstraße, der Mayrgutstraße und von der Aschacher Straße bis zur Hangkante der Schlühslmayrsiedlung. Auch hier bitte die Dichte mit 0,35, 2 Vollgeschosse und eine vordere und hintere Baufluchtlinie. Wobei die hintere Baufluchtlinie mit 15 m bemessen ist.

17) Bau Gru-66/04 Neuplanungsgebiet Nr. 10 – Stelzhamerstraße – Teufelsbach; 1. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 1. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 10 – Stelzhamerstraße – Teufelsbach – beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom ……..

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 02.11.2004 bezeichnete und in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.03.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 10 – Stelzhamerstraße – Teufelsbach – wird gem. § 45 Abs. 5 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., um ein Jahr verlängert und entsprechend § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., verordnet:

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 02.11.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das betroffene Gebiet erstreckt sich von der Aschacher Straße im Norden bis zur Garstner Gemeindegrenze im Süden. Südöstlich wird die Fläche von der Stelzhamerstraße und ab dem Leitenweg von der Hangbebauung an der Stelzhamerstraße und der Mayrgutstraße bis zum Gemeindegebiet Garsten begrenzt. Die westliche Grenze verläuft zwischen der Aschacher Straße und im Gemeindegebiet Garsten an der Hangkante zur Schlühslmayrsiedlung. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Zukünftige straßenseitige Baufluchtlinien sind den Baufluchten des straßenbegleitenden Baubestandes gleichzusetzen. Die hinteren Baufluchtlinien (im Bereich der den Straßen abgewandten Grünflächen) werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen.
3. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit zwei Vollgeschossen zu begrenzen.
4. Die Geschossflächenanzahl in den von Einfamilienhausbebauung geprägten Bereichen nordwestlich des Teufelsbachgerinnes und des gesamten Bereiches südlich der Parzelle 831/10, KG Sarning (Stelzhamerstraße), darf 0,35 nicht übersteigen. Die Geschossflächenzahl im Bereich des Planungsgebietes zwischen Teufelsbachgerinne und Stelzhamerstraße darf 0,7 nicht übersteigen.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der

Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt geht ebenfalls über den Bereich Stelzhamerstraße – Reichenschwall und zwar mit der Nr. 66. Dieser Bebauungsplan geht von der Hochhauserstraße, das ist jene Straße, wo sich der Kindergarten der Kreuzschwestern befindet, bis zur Krakowitzerstraße. Umfasst also südlich gesehen den Park der Kreuzschwestern und vor allem die villenartige Verbauung entlang der Stelzhamerstraße. Hier versucht man den villenartigen Charakter zu erhalten, aber doch zu ermöglichen, dass teilweise diese sehr großen Grundstücke mit weiteren Häusern verbaut werden können. Geht aber bei der Dichte so, dass man sagt, es können weiterer Ein- oder Zweifamilienhäuser entstehen, aber keine großartigen weiteren Verdichtungen, sodass der Charakter dieser Gegend erhalten bleibt.

18) BauGru-22/04 Bebauungsplan Nr. 66 – Reichenschwall.

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 66 – Reichenschwall – entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 16.05.2006 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 06.02. 2007 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich darf als erstes korrigieren, es geht natürlich nicht um Straßenneubau 2005, sondern um Straßenneubau 2006. Hier sind Restarbeiten aus dem Vorjahr und Ausfinanzierung aus diesem Jahr 2006 jetzt anfällig.

19) BauStr-4/05 Straßenneubau 2006 der Stadt Steyr; Restarbeiten und Ausfinanzierung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 02. Jänner 2007 wird der Vergabe des Nachtragsangebotes für die Sanierung der Siemensstraße, der Direktionsstraße und der Hanuschstraße in Höhe von EUR 19.655,38 inkl. MWSt. an die Fa. Lang & Menhofer GmbH., St. Peter/Au, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 19.655,38 inkl. MWSt. werden in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002440 auf VSt. 5/612000/0020000 „Straßenneubau 2006“ finanziert.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 19.700,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Dann bitte ich in der geänderten Form, statt 2005 jetzt 2006, abzustimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Ich möchte nur kurz ein Thema ansprechen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Aktuelle Stunde!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aktuelle Stunde. Das Schreiben von der Frau GR Frech ist leider Gottes von unserer EDV als SPAM klassifiziert worden, das heißt, es ist rausgefiltert worden und ist dadurch nicht bei mir, oder bei der Frau Vizebürgermeister eingelangt und kann daher heute nicht verhandelt werden. Ich bitte um Verständnis und ich bitte dich, Frau GR, dass du bis zur nächsten Gemeinderatssitzung Geduld hast.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich eine Wortmeldung abgeben?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber nicht gleich wieder eine Stunde reden.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich mache keine „Aktuelle Stunde“, nur es sei mir eine Wortmeldung gestattet, nachdem es geheißen hat, es ist nichts eingelangt. Wie gesagt, ich habe die Bestätigung da, dass es abgeschickt worden ist, inzwischen gab es auch den Ausdruck, dass es angekommen ist, nur anscheinend ist der SPAM-Filter des Magistrates dermaßen strikt eingestellt, dass nicht einmal „Aktuelle Stunden“ durchgehen. Nicht dass der Eindruck entsteht, das wäre ein SPAM-Mail gewesen, sondern unter einem Betreff „Aktuelle Stunde, Gemeinderatssitzung März 2007“. Der Text ist ganz simpel: Aktuelle Stunde; Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber David! Anbei ersuche ich um Abhaltung einer aktuellen Stunde laut Stadtstatut in der Gemeinderatssitzung vom 22. März.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau Vzbgm. Mach.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Sie sollten zumindest wissen, was es gewesen wäre. „Thema: Veranstaltungsräumlichkeiten in Steyr. Mit besten Grüßen.“
Anscheinend möchte man darüber auch nicht diskutieren, weil Herr Bürgermeister, es wäre natürlich unbenommen gewesen und zu sagen – und diese Möglichkeit hast du – es ist zwar nicht eingelangt, es ist ein Fehler passiert, Fehler können passieren, aber es ist nicht meiner gewesen, einfach großzügig zu sein und zu sagen, ich lasse es trotzdem zu.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela, du bist selber eine Vortragende, eine Professorin in der HAK und es gibt die Möglichkeit im EDV-System das dir anbietet, wenn du heute etwas wegschickst, dass der Annehmer das quittiert, dass er dieses Schreiben bekommen hat. Ich habe sogar im privaten Bereich solche Herren, die mich ständig auffordern, da ja oder nein anzuklicken. Wenn du das gemacht hättest, wäre das einfacher gewesen.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, darf ich trotzdem das, was die EDV-Abteilung auch Ihnen als Gemeinderat empfiehlt, vorzulesen, wenn schon der Herr Bürgermeister nicht tut. Die EDV-Abteilung hat heute Nachmittag zurückgeschrieben, dass der SPAM-Filter reagiert hat, weil die Wörter „all, before und clear“ vorgekommen sind, ich habe es Ihnen zuerst vorgelesen, da sind diese Wörter kein einziges Mal vorgekommen, egal wie, aber die Absenderliste ist jetzt auf eine „White-List“ gesetzt worden, das ist ganz interessant, dass man eine „White-List“ braucht, um ins Rathaus durchzukommen, sodass die Mails in Zukunft anstandslos durchgehen werden. Empfehle dies auch für alle anderen Gemeinderäte, nur brauche ich deren Email-Adressen. Das heißt, wenn Sie möchten, dass Ihre aktuellen Stunden durchkommen, dann melden Sie bitte dem EDV-Beauftragten Ihre Email-Adresse. Vielleicht noch zum Abschluss; man kann einen SPAM-Filter auch anders einstellen und ich komme gerade aus dem europäischen Parlament und da sagt man nämlich eines – und das ist das, was mich irritiert, dass meine aktuelle Stunde heute nicht zum Tragen kommt – na bitte ist halt so. Nur, es geht ja auch um den Bürger, der etwas an den Magistrat schickt, und da denke ich mir, der sollte nicht irgendetwas ins Nirwana schicken. Da sollte man sich schon überlegen, wie man das einstellt, weil im

europäischen Parlament z. B. ist es so, dass sie sagen, wir schmeißen die Emails dann lieber hinaus, löschen sie, wenn man merkt es sind SPAMS, aber wir möchten den Kontakt zum Bürger halten. Ich denke mir, um das geht es auch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela, geh davon aus, dass ich nicht Anweisungen gegeben habe, dass bestimmte Meldungen zu mir nicht durchgehen.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Ja, geschätztes Präsidium, liebe Mitglieder des Steyrer Gemeinderates. Das mit dem Mail von der Frau GR Frech ist wirklich eine ganz eigentümliche Sache. So wie jedes größere Unternehmen, oder so, wie jeder zuhause schützt man sich vor eingehenden Viren und SPAMS und das tun wir am Magistrat Steyr natürlich auch. Ich habe bei uns in der EDV nachgefragt – so ungefähr habe ich es eh gewusst, aber ich wollte nicht nur ungefähr etwas sagen, wie viele SPAMS bei uns täglich im SPAM-Filter landen; es sind 6.000 bis 20.000 Mails täglich, die in der Quarantäne abgefangen werden. Da war halt unter anderem auch das Mail von der Frau GR Frech darauf, wegen ein paar Wörter, die da vorgekommen sind – oder auch nicht, aber es könnte auch an der Absenderadresse „YAHOO“ liegen, dass da irgendwelche Sachen mitgeschickt worden sind. Ich lasse das gerade überprüfen, ob da sonst noch irgendetwas mit eingegangen ist. Die Frau GR Frech hat gesagt, jetzt kann sie, weil sie ja auf der „White-List“ steht, herein mailen, aber nicht mit allen möglichen Attachements. Es sind bestimmte Attachements auch nach wie vor nicht möglich, weil da eben erhöhte Virengefahr ist. Jeder, der des Mailens kundig ist und schon einmal ein Mail ans Magistrat reingeschickt hat, weiß, wenn es richtig ankommt, dann bekommt er eine Lesebestätigung. Wenn es nicht ankommt, wenn es in der Quarantäne landet, dann bekommt man keine Lesebestätigung und das ist in dem Fall so der Fall gewesen. Aber es kann ja einmal etwas passieren und so können wir uns bei der nächsten Gemeinderatssitzung auf diese aktuelle Stunde freuen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr Magistratsdirektor. Wir sind am Ende unserer Tagesordnungspunkte. Verhandlungsgegenstände in Summe von Euro 883.130,-- und Kenntnisnahme von Beschlüssen von Euro 31.460,-- sind heute beschlossen worden. Somit insgesamt Euro 914.590,--. Danke schön.

ENDE DER SITZUNG: 16.30 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Monika Freimund
GR Ursula Voglsam